

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 4. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 10. Dezember 2008
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Felix Keller, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Gäste: ---

Entschuldigt: Robert Richner, Siro Imber, Giulio Vögelin

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr: 23
18.25 Uhr: 24
18.35 Uhr: 24
19.00 Uhr: 25
20.10 Uhr: 24

Bereinigte Traktandenliste

Mittwoch, 10. Dezember 2008, 18.00 Uhr

1. Bericht des Gemeinderates vom 10. September 2008 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 19. November 2008

zum Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde	Geschäft 3802 / A
1.1.0 EINTRETENSDEBATTE	
1.1.1 Stellungnahmen des Gemeinderates vom 19.11.2008 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.11.2008 zu den Budgetpostulaten	Geschäft 3802B/C
1.1.2 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 113-43, Entgelte – Neue Position: Parkplatzbewirtschaftung	Geschäft 3802B.1
1.1.3 Budgetpostulat CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 342 Hallenbad / Geschäft 342-318.00 Dienstleistungen und Honorare	Geschäft 3802B.2
1.1.4 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung, 1) Pos. 586-36 Arbeitslosigkeit, Eingliederungsmassnahmen 2) Pos. 586-46 Arbeitslosigkeit, Eingliederungsmassnahmen	Geschäft 3802B.3
1.1.5 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-365 Beiträge an Private Institutionen	Geschäft 3802B.4
1.1.6 Budgetpostulat CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589 Übrige Sozialhilfe / Geschäft 589-366.00 Beiträge an Private Haushalte	Geschäft 3802B.5
1.1.7 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Barbara Selinger, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-366.00 Private Haushalte (Soziale Wohlfahrt)	Geschäft 3802B.6
1.1.8 Budgetpostulat Grüne, Julia Gosteli, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-366.00 Eigene Beiträge - private Haushalte – Winterzulage	Geschäft 3802B.7
1.1.9 Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Jürg Gass, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 780-318.00 Dienstleistungen und Honorare (Naturschutz)	Geschäft 3802B.8
1.1.10 Budgetpostulat CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 942 Liegenschaften des Finanzvermögens / 503.02 Mühlebachweg 41	Geschäft 3802B.9
1.2. DETAILBERATUNG	
1.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse	
1.2.2. Festsetzung der Gemeindesteuern 2009	
2. Bericht des Gemeinderates vom 24. September 2008 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17. November 2008 zur Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2009-2013	Geschäft 3803 / A
3. Beantwortung der eingegangenen Fragen (Beginn Fragestunde)	

Donnerstag, 11. Dezember 2008, 18.00 Uhr

4. Auswertung der Mitarbeitendenbefragung der Gemeindeverwaltung Allschwil

- Präsentation durch die Firma empiricon ag, Dr. Adrian Blum
5. Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen Josua M. Studer, SVP-Fraktion, ab dem 1. Januar 2009 bis zum Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3812
 6. Wahl eines Ersatzmitgliedes in die FIREKO anstelle des zurückgetretenen Josua M. Studer, SVP-Fraktion, ab dem 1. Januar 2009 bis zum Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3813
 7. Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Gemeindeordnung und -Reglemente anstelle der zurückgetretenen Simone Hauser, FDP/Grünliberale-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3814
 8. Bericht des Gemeinderates vom 15. Oktober 2008 und der GPK vom 25. November 2008 betreffend
Leistungsvereinbarung mit der Stiftung
Alterszentrum Am Bachgraben Allschwil/Schönenbuch
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3530 / A
 - 8.1 Interpellation Mathilde Oppliger-Zurschmitten, CVP,
vom 17. Oktober 2007 betreffend
Planung und Bau von Alterswohnungen
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3754
 9. Bericht des Gemeinderates vom 15. Oktober 2008 und der GPK vom 25. November 2008 betreffend
Leistungsvereinbarung Tageselternverein
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3801 / A
 10. Bericht des Gemeinderates vom 15. Oktober 2008 und der GPK vom 25. November 2008 betreffend
Leistungsvereinbarung Erholungswald mit der Bürgergemeinde
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3804 / A
 11. Beantwortung der eingegangenen Fragen (Fortsetzung Fragestunde)
 12. Interpellation Josua M. Studer, SVP, vom 19. August 2008
betreffend „Allschwiler Wochenblatt“
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3798A
 13. Postulat FDP-Fraktion, betreffend
Zusammenarbeit des Bevölkerungsschutzes Allschwil-Schönenbuch
mit Binningen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3805

Nach den Pausen:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 4 vom 10. Dezember 2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Felix Keller

Begrüssung

Felix Keller, Präsident: Nach der letzten Herbstsitzung begrüsse ich Sie zur ersten der zwei Wintersitzungen im Dezember.

Mitteilungen

Felix Keller, Präsident: Ich habe zwei Austritte zu vermelden. Sie haben das ja sicher mitbekommen. Frau Simone Hauser von der FDP-Fraktion tritt per sofort aus dem Einwohnerrat zurück und per Ende Jahr Frau Sarah Lorenz von der CVP-Fraktion. Diesen beiden Damen danke ich auch im Namen des Büros für ihr Engagement hier im Einwohnerrat, das sie in den letzten Jahren geleistet haben, vor allem auch Sarah Lorenz, die ja mehr als 4 Jahre lang Vizepräsidentin der GPK und dort eine sehr engagierte Protokollführerin war. Herzlichen Dank, wir wünschen dir und auch Simone Hauser – in absentia – alles Gute ausserhalb des Einwohnerrates. Nachgerückt für die beiden Damen sind zwei Herren: Peter von Arx, der schon einmal bei uns im Einwohnerrat war, rückt nach für Frau Hauser. Und für Sarah Lorenz wird Lukas Brügger per 1. Januar in den Einwohnerrat nachrücken. Ich gratuliere diesen beiden Herren, vor allem auch Herrn Brügger in absentia zu ihrem Nachrücken in den Einwohnerrat, wir freuen uns darauf, mit ihnen hier zusammenzuarbeiten.

Ein weiterer Hinweis betrifft die Fragestunde, die mit der Novembersitzung ausgefallen ist. Wir hatten die Einwohnerräte ja gebeten, ihre Fragen schriftlich einzureichen. Es sind 18 Fragen eingegangen. Sehr viele davon wären inhaltlich eigentlich eher Interpellationen. Sinn und Zweck dieser Fragestunde ist eigentlich, zu aktuellen Themen Fragen zu stellen. Von daher möchte ich Sie bitten, künftig zu prüfen, ob Ihre Anliegen nicht über eine Interpellation abgehandelt werden können. Und wenn wir das mit der *Fragestunde* wörtlich nehmen, dann haben wir pro Frage 3 1/3 Minuten Zeit für deren Behandlung. Wir werden uns Mühe geben, in diesen zwei Sitzungen alle 18 Fragen abzuhaken. Wir werden uns heute den ersten Teil vornehmen und schauen, wie weit wir kommen; und morgen machen wir den Rest.

Wir fahren weiter mit einem parlamentarischen Vorstoss. Ich habe hier einen dringenden Vorstoss, ein dringliches Postulat, auf dem Tisch, betreffend den Rückbau Wasgenring/Luzernerring Basel-Stadt von der FDP-Fraktion. Ich gebe das Wort Frau Ursula Pozivil.

Ursula Pozivil, FDP/GLP-Fraktion: Wie ihr sicher den Medien entnommen habt, wird im Basler Rat der Rückbau des Wasgenrings/Luzernerrings behandelt. Solch ein Rückbau wäre für Allschwil, und vor allem für das linksufrige Bachgraben-Industriegebiet nicht von Vorteil. Einen ähnlichen Vorstoss hat heute auch Hanspeter Frey im Landrat gemacht. Ich bitte euch, die Dringlichkeit zu befürworten.

://:

Die Dringlichkeit wird nicht befürwortet
18 Ja, 14 Nein, 2 Enthaltungen; das 2/3-Mehr (23) ist nicht erreicht.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zu den weiteren Vorstössen. Es liegt eine Interpellation vor, betreffend Tageskindergarten Allschwil, von Frau Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion. Wünschen Sie das Wort dazu, Frau Huschke? [Verneint] – Das nächste Postulat betrifft die Veloverkehrssicherheit längs des Hegenheimermattwegs, insbesondere auf der Strecke zwischen Mittlerem Steg und Gartenbad. Es ist von Herrn Christoph Benz, ebenfalls SP/EVP-Fraktion. Ist das Wort gewünscht? [Verneint] – Das nächste Postulat betrifft Temporeduktion auf „generell 50 km/h“ längs des Hegenheimermattwegs, auf der Strecke zwischen Mittlerem Steg / Im Brühl und Gartenbad, ebenfalls von Herrn Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion. Ist das Wort gewünscht? [Verneint] – Dann komme ich zum 4. Postulat, betreffend Signalisation an der Kreuzung Spitzwaldstrasse/Parkallee, ebenfalls von Herrn Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion. Ist das Wort gewünscht?

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Dazu kann man vielleicht etwas sagen. Mir wurde kurz nach dem Unfall eines Anwohners zugetragen, ich möge dazu etwas sagen. „Dringlich“ wäre aber wohl zu viel gesagt; deshalb wollen wir es erst einmal dabei belassen. Ich nehme ja an, wir kommen darauf zurück.

Felix Keller, Präsident: Dann habe ich neu auf dem Tisch eine Interpellation der CVP-Fraktion betreffend das Feuerwehrmagazin. Ist dazu das Wort gewünscht?

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich möchte abwarten, bis wir dann den Bescheid bekommen.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig verschickt wurde. Sie haben vielleicht gesehen, wie der Ablauf angedacht ist. Die Traktandenliste gilt ja für heute und für morgen. Heute behandeln wir die Geschäfte 1, 2 und 3. Morgen kämen dann die eigentlichen Wahlgeschäfte, Traktanden 4 bis 13. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

383 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1
Bericht des Gemeinderates vom 10. September 2008 und der
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 19. November 2008
zum Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde, Geschäft 3802 / A

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Es freut mich sehr, dass ich Ihnen heute in einem ersten Schritt – so hoffe ich doch – mit einer entsprechenden PowerPoint-Präsentation das Budget 2009 vorstellen darf, und dann in einem zweiten Schritt noch den Finanzplan 2009 bis 2013. Wie gesagt, wir müssen zuerst noch ein wenig warten auf die Bilder, aber ich denke, das wird schon kommen. Ich kann schon einmal anfangen mit dem Budgetierungsprozess. Der Budgetierungsprozess ist im Gemeinderat im Grunde so abgelaufen, wie er das in all den letzten Jahren tat, seit ich Finanzchefin bin – mit zwei kleinen, oder eher nicht kleinen, sondern wesentlichen Änderungen. Sie werden sich erinnern, diejenigen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die bereits im Dezember 2007 im Einwohnerrat waren, als ich ihnen zuletzt den Finanzplan präsentieren durfte. Der Gemeinderat musste Ihnen dort drei Varianten vorstellen, drei Varianten mit drei verschiedenen Steuerfüssen, und zwar deshalb, weil wir einfach eine derart enge finanzielle Basis haben. Sie haben gesehen, selbst wenn wir mit den Steuern enorm nach oben gehen würden, hätten wir immer noch wesentliche Probleme, wenn sich die finanzielle Entwicklung so darstellen würde, wie wir das damals angenommen haben. Vor diesem Hintergrund hat der Gemeinderat bei der Budgetierung für 2009 zuerst einmal die Rechnung 2007 ganz genau analysiert, und zwar deshalb, weil man sehen wollte, ob es nicht doch noch weitere Einsparungsmöglichkeiten gibt, die wir bis jetzt übersehen hatten. Dann mussten in einem weiteren Schritt alle HAL Vorschläge bringen für Einsparungen oder andererseits für Mehrerträge. Zum anderen haben wir neu das Investitionsprogramm jährlich ausgedehnt, und zwar von 2009 bis 2020. Wir haben sämtliche Investitionen, die in dieser Zeitperiode anfallen, aufgelistet und das Programm verfeinert und priorisiert. Ich werde Ihnen das nachher noch ganz genau darstellen, wenn ich Ihnen den Finanzplan präsentieren darf. Des Weiteren wurde das Budget erstellt. Die Fireko hat es erhalten und ihre Ausführungen gemacht, und ich möchte bereits an dieser Stelle der Fireko für die umfassende Prüfung danken.

Die Budgetvorgaben für die ganze Budgetierung waren immer noch ganz klar die Zielsetzungen aus der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2005 – 2010, die der Gemeinderat erarbeitet hatte. Das heisst ganz sicher, wir hatten das Ziel, Ihnen einen positiven Rechnungsabschluss präsentieren zu können. Auf der anderen Seite ist es für den Gemeinderat ganz wichtig, dass wir keine zusätzliche Neuverschuldung haben werden. Dies bedingt, dass die Nettoinvestitionen, die wir geplant haben, nächstes Jahr kleiner sein werden als die Selbstfinanzierung. Eine ganz wichtige Zielsetzung ist auch, dass der Gemeinderat sagte, er wolle im nächsten Jahr keine neuen ungebundenen Aufwände.

Zu den Massnahmen, die der Gemeinderat als wichtig erachtet, gehört ganz klar die Beibehaltung der bisherigen Personalstrategie. Das heisst, wie ich es auch schon mehrfach sagte, wir gehen eigentlich davon aus, dass wir einerseits einen Personalstopp haben; und dass wir, wenn eine Stelle neu zu besetzen ist, jeweils zuerst sehen, ob wir sie auch effektiv neu besetzen wollen. Und wenn das der Fall ist, so wird in der Regel eine dreimonatige Vakanz eingehalten, und erst dann wird die Stelle wieder neu besetzt. Beim Sachaufwand haben wir nach wie vor diese Plafonierung, und zwar auf den

durchschnittlichen Wert der letzten drei Jahre: 8,8 Millionen. Wir haben die Plafonierung beim Sachaufwand leicht angepasst. Das heisst, wir haben neu den baulichen Unterhalt herausgenommen, auf der anderen Seite aber haben wir die werterhaltenden Investitionen, die wir zuvor in der Investitionsrechnung drin hatten, wieder zurückgeholt in die laufende Rechnung, um da eine gewisse Korrektur zu erreichen. Dann sagten wir, die Sparmassnahmen bei den beeinflussbaren Aufwendungen behalten wir bei, und wir sagten: keine zusätzlichen „nice to have“-Ausgaben. Der Voranschlag 2009 präsentiert sich so, wie Sie das aufgrund der Unterlagen eigentlich schon kennen. Wir rechnen mit einem Mehraufwand von rund 330'000 Franken. Bei der Investitionsrechnung gehen wir davon aus, dass wir im nächsten Jahr rund 7.6 Millionen Nettoinvestitionen tätigen können, das heisst Ausgaben von rund 10.2 Millionen und Einnahmen von rund 2.6 Millionen. Beim Ergebnisvergleich des Voranschlags 2009 mit dem Voranschlag 2008 sehen Sie folgende Zahlen. Sie müssen sich dabei immer vor Augen halten: Es ist immer der Voranschlag 2008, den ich mit dem Voranschlag 2009 vergleiche, also der Voranschlag 2008, so wie ich ihn damals hier im Einwohnerrat drinnen präsentierte. Also noch keine so genannte Hochrechnung, denn wir wissen mittlerweile, dass es da Veränderungen gibt bezüglich dem Abschluss 2008. Wir werden dort nicht mit einem Mehraufwand abschliessen müssen, sondern wir gehen davon aus, dass wir rund 1.5 Millionen Ertragsüberschuss werden generieren können. Das ist, wie gesagt, eine ganz grobe Hochrechnung, aber ich darf es hier vielleicht doch schon einmal so sagen.

Sie sehen hier: Nettoinvestitionen 7.6 Millionen, die wir für 2009 geplant haben. Im 2008 hatten wir 3.4 Millionen Nettoinvestitionen geplant. Wir wissen aber, dass wir von diesen 3.4 Millionen sicher nicht alles werden realisieren können, sondern dass wir im Jahr 2008 nur etwa 1.7 Millionen an Investitionen werden tätigen können, so dass es diese Verschiebung ins Jahr 2009 gibt. Sie sehen aber, der Selbstfinanzierungsgrad ist jetzt nur 46 %, bezogen auf 2009. Wenn man aber die beiden Jahre zusammen betrachtet, also diese Hochrechnung über die effektiven Zahlen im 2008 berücksichtigt, dann werden es im Schnitt plus/minus 100 % sein. So, wie es jetzt da steht, ist sicher das Ziel Selbstfinanzierungsgrad 100 % nicht erreicht, was wiederum bedeuten würde, dass wir eine zusätzliche Fremdvverschuldung hätten.

Die wesentlichen Abweichungen vom Budget: Sie sehen hier den Personalaufwand rund eine Million, der Sachaufwand rund 800'000 Franken, wo wir einfach die Plafonierung nicht ganz einhalten konnten. Und Sie sehen, dass wir bei den Steuern mit einer Zunahme von rund 650'000 Franken rechnen. Wir hoffen, dass wir das erreichen können – das heisst rund 1.3 % Zunahme gegenüber dem Budget 2008. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man das auch in der jetzigen Finanzkrise so budgetieren darf, und dass wir das erreichen werden. Gemäss den Vorgaben des Kantons, das darf ich hier schon sagen, hätten wir bei den Steuern mit einer weit höheren Zunahme rechnen können.

Noch ein Wort zu den Steuererträgen. Sie sehen, wie sich diese entwickelt haben von 2002 bis 2009. Von 2002 bis 2007 handelt es sich um die Rechnung, für 2008 ist es das Budget, und für 2009 selbstverständlich auch. Sie sehen bei den natürlichen Personen eine ganz leichte Erhöhung, bei den juristischen Personen gehen wir davon aus, dass es in etwa stagniert. Der Grund, weshalb wir bei den natürlichen Personen mit dieser Zunahme rechnen, liegt in der Bevölkerungszunahme, also wir hatten eine Zunahme zu verzeichnen, und gehen davon aus – oder sind jedenfalls damals, als wir das Budget erstellten, davon ausgegangen – dass wir aufgrund der konjunkturellen Lage mit diesen rund 1.3 % mehr Steuern rechnen durften.

Bei den Investitionen sehen Sie anhand dieser Folie, dass der überwiegende Teil der Nettoinvestitionen die öffentliche Sicherheit betrifft. Von diesen rund 2.7 Millionen Franken entfällt natürlich der allergrösste Teil auf das Feuerwehrmagazin, und wir nehmen an, dass wir den Betrag im kommenden Jahr in diesem Sinne verwenden können. Ein wesentlicher Punkt ist noch beim Verkehr zu verzeichnen, diese 1.7 Millionen – Sie sehen es – für öffentliche Beleuchtung und für Strassenbau. Wenn man das so in diese „Torten“-Grafik hineinpackt, dann sieht man es ganz gut, es ist wirklich fast die Hälfte der Investitionen, die wir für die öffentliche Sicherheit ausgeben. Der andere grosse Teil ist, wie gesagt, der Verkehr. Da muss man aber beachten, dass dies wieder Bruttoinvestitionen sind, d.h. ohne Strassenbeiträge, die dann ja wieder zurückkommen. Aber man sieht doch aufgrund dieser Verteilung, wohin unsere Investitionen hauptsächlich gehen.

Wenn man die Entwicklung der Vorjahre anschaut bezüglich Selbstfinanzierung, bezüglich Eigenkapital, Nettoinvestitionen und Ergebnissen der laufenden Rechnungen, dann sieht man hier sehr gut, wie diese Positionen in Zukunft aussehen. Was wichtig ist, ist einfach das Eigenkapital. Dieses wird in Tat und Wahrheit steigen, und zwar deshalb, weil wir eben wiederum beim Jahr 2008 nicht die Hochrechnung drin haben, sondern das Budget, das ja, Sie mögen sich erinnern, ich habe es ganz am Anfang meiner Ausführungen gesagt, noch mit einem Mehraufwand von rund 18'000 Franken rechnete. Aber nun dürfen wir effektiv davon ausgehen, dass es einen Ertragsüberschuss von rund 1.5 Millionen geben wird; und

das geht natürlich gerade ins Eigenkapital hinüber, welches dann in diesem Umfang ansteigt. Aber es ist sicher so, dass das Ergebnis der laufenden Rechnung nicht ausreicht für eine nachhaltige Zunahme des Eigenkapitals.

Das Ergebnis 2008, was die Spezialfinanzierungen betrifft: Sie sehen es hier, wir haben auch hier einen Selbstfinanzierungsgrad von weit unter 100 %. Aber ich denke, wir sind hier auf dem richtigen Weg. Wir haben dahinter ja auch jeweils eine Finanzstrategie. Wichtig ist, dass hier bei der Budgetierung bereits die Gebührenerhöhung bei der Wasserversorgung beachtet ist, und vor allem die Gebührensenkung bei der Abfallbeseitigung. Sie wissen, wir gehen davon aus, dass wir dort von Fr. 2.60 auf Fr. 2.30 heruntergehen können. Dazu vielleicht nur dies: Wenn man nach Basel-Stadt schaut, dort muss man mit den Abfallgebühren wesentlich nach oben gehen.

Zum Schluss ein Wort zur Zielerreichung. Sie sehen, beim Steuerfuss rechnen wir nach wie vor mit 58 %, dieses Ziel ist sicher eingehalten. Die Sparvorgaben, das darf ich ebenfalls sagen, sind auch eingehalten. Was nicht so ganz einhalten ist, das betrifft die Nettoinvestitionen, die nicht kleiner sind als die Selbstfinanzierung. Das war leider nicht ganz möglich. Aber wie gesagt, man müsste das wiederum auf die zwei Jahre 2008 und 2009 bezogen anschauen, und dann, würde ich meinen, darf man dem Smiley-Gesicht schon einen Mund malen, der anzeigt, dass es nicht ganz so schlecht ist. – Ein Aufbau von Eigenkapital ist natürlich nicht möglich. Denn der ausgeglichene Finanzhaushalt ist knapp erreicht mit diesem Mehraufwand von rund 300'000. Einen Schuldenabbau konnten wir ganz sicher nicht erreichen, auch wieder bezogen nur auf 2009. Da müssen wir wirklich zugestehen, dass wir eher noch zulegen müssen.

Ehe ich jetzt schliesse, möchte ich allen Mitarbeitern der Verwaltung danken, die bei der Bearbeitung dieses Budgets mitgeholfen haben. Das ist immer ein riesiger Aufwand, der alle Mitarbeiter der Verwaltung betrifft; ihnen möchte ich bei dieser Gelegenheit einen grossen Dank aussprechen. Ebenso danken möchte ich nochmals der Fireko, die das Budget umfassen geprüft hat und in einer positiven Art und Weise an diese Prüfung herangegangen ist, wobei auch die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat funktioniert hat. Die Fireko hat sicher auch da und dort kritische Fragen gestellt, aber diese konnten, meine ich, alle zu ihrer Zufriedenheit beantwortet werden. Ich schliesse jetzt und möchte Sie bitten, das Budget so zu genehmigen mit den Anträgen, die der Gemeinderat Ihnen gestellt hat.

Hans-Peter Tschui, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (Fireko): Ich freue mich, als Kommissionssprecher das erste Mal das Wort ergreifen zu können. Bevor ich aber den Bericht der Kommission zum Budget 2009 kommentiere, möchte ich die Gelegenheit ergreifen, einige Worte zum Aufbau und zur Arbeitsorganisation der neuen Fireko an Sie zu richten. Bei der Konstituierung haben wir Stephan Wolf, CVP, zum Vizepräsidenten und gleichzeitig zum Protokollführer ernannt. Uns war klar, dass diese Kommission, in der ja Barbara Selinger als einziges Mitglied schon in der vorigen Legislatur Einsitz hatte, vor einer sehr anspruchsvollen, aber auch interessanten Aufgabe steht. Die Teambildung und das Rollenverständnis in dieser Kommission in Abhängigkeit von der fachlich-beruflichen Ausgangslage zusammensetzen, ist nicht ganz einfach. Trotzdem haben wir es verstanden, die unterschiedlichen Berufs- und Ausbildungsbilder in dieser Kommission nach dem Selbstverständnis einer lernenden Organisation aufeinander abzustimmen, indem wir erkannten, dass wir gegenseitig voneinander lernen können. Wir haben dann am Anfang zusammen mit der Finanzverwaltung, also mit Herrn Pfister, ein Intensivprogramm aufgestellt zur Vermittlung des notwendigen Grundwissens. Das sind insbesondere die Grundlagen zum Rechnungswesen – das konnten wir bei einem Informationsseminar beim Statistischen Amt des Kantons geniessen. Dann haben wir zwei Workshops gemacht in der Verwaltung, zusammen mit dem Finanzverwalter, in denen es darum ging, die Kommission spezifisch zu informieren über die Finanzrechnung der Gemeinde Allschwil. Das kam sehr gut an. Wir legten uns auch eine spezielle Arbeitsorganisation zugrunde, indem wir sagten, wir wollen – in Anbetracht der Komplexität der Aufgabenstellung – Prüfungshandlungen bei der Rechnungsprüfung den externen Experten überlassen. Die Kommission greift dort nur ein, wenn es die Vertiefung oder um Sonderprüfungen geht. Damit verfolgen wir vor allem ein Ziel, ein wichtiges: Wir möchten ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis der beigezogenen externen Expertisen erreichen. Hingegen halten wir es bei der Begutachtung des Budgets und des Finanzplans gerade umgekehrt, indem wir dort der Meinung sind, dass die Kommission die Kompetenzen und Erfahrungen hat, ein Budget finanzpolitisch zu würdigen, ebenso beim Finanzplan; so dass wir also dort die externe Expertise nur dann beiziehen, wenn wir tatsächlich eine zweite Meinung haben möchten. Fazit: Es ist eine anspruchsvolle, eine interessante, aber eine schöne Arbeit. Es macht mir Freude.

Jetzt der Kommentar zum Vorschlag 2009: Die Fireko stützt die Grundlagen und Voraussetzungen für dieses Budget. Sie betrachtet es als ausgewogen und solide. Man könnte fast gar von einem *courant*

normal reden. Fast gar. Es gibt zwei entscheidende Neuausrichtungen, die der Kommission den Vergleich mit dem Budget 2008, und insbesondere auch mit der Rechnung 2007, nicht ganz einfach machten, und zwar aus folgendem Grund: Reparatur- und Unterhaltsaufwand – also werterhaltende Investitionen – werden nicht mehr in der Investitionsrechnung, sondern neu in der laufenden Rechnung zugeordnet und verbucht. Das macht auch betriebswirtschaftlich Sinn, weil damit in der laufenden Rechnung der Abschreibungsbedarf weniger hoch ausfällt. Zum zweiten sind es die internen Verrechnungen, d.h. Personal- und Sachaufwand und Kapitaldienst, die inskünftig, also mit dem Budget 2009, nur noch für Spezialfinanzierungen angewendet werden und nicht mehr zwischen den Verwaltungsbereichen selbst. Auch das ist betriebswirtschaftlich absolut richtig, dass man dies konsequent über die Kostenrechnung abbildet.

Dann die Annahmen und Grundlagen zu diesem Vorschlag: Sie wissen, das wurde im Spätsommer 2008 gemacht, als die Welt noch ein wenig anders aussah als heute. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die diesem Budget zugrunde gelegten Annahmen bezüglich Kaufkraftentwertung, also Inflation, dem Wirtschaftswachstum und auch der Beschäftigungslage noch ziemlich gerecht werden. Wir wissen zwar alle, dass es in den letzten Tagen und Wochen grundlegende Revisionen gab. Man geht jetzt für die Schweiz für das Jahr 2009 von einem Nullwachstum aus. Eine weitere Bemerkung zur Neuverschuldung, die – Gemeinderätin Nüssli erwähnte es bereits – natürlich insbesondere dadurch entstand, dass ein erheblicher Anteil der Investitionen von 2008 nach 2009 verschoben wurde.

Zur laufenden Rechnung haben wir einen Punkt, den wir auch im Bericht entsprechend angemerkt und gewertet haben. Das ist das Schwankungsrisiko bei den Steuererträgen. Bei den juristischen Personen sehen wir das Risiko relativ klein; im Gegenteil, da erwarten wir aufgrund der sehr guten Geschäftsgänge bei den Unternehmen im Life Science-Bereich eher einen gewissen Zuwachs. Der könnte sehr wahrscheinlich die negativen Auswirkungen bei den natürlichen Personen kompensieren. Damit meinen wir vor allem auch den Rückgang bei den Vermögenssteuern, wobei auch gemäss Finanzverwaltung sehr schwer einzuschätzen ist, was das bedeuten wird. – Dann noch eine Schlussbemerkung zum Investitionsbudget. Die Kommission ist sich bewusst, dass das hohe Volumen bei der Umsetzung auch entsprechende Auswirkungen hat auf die personellen Ressourcen, die die Investitionsprojekte managen und controlen müssen. Darauf haben wir einen speziellen Hinweis gemacht.

Die Kommission möchte dem Einwohnerrat beantragen, das Budget zu genehmigen, den Steuersatz für natürliche Personen auf 58 % der Staatssteuer zu belassen, die Steuersätze für die juristischen Personen unverändert beizubehalten und die Feuerwehersatzabgabe unverändert bei 6 % zu belassen.

Traktandum 1.1.0 Eintretensdebatte

Felix Keller, Präsident: Ist das Wort zum Eintreten gewünscht?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben uns auch mit dem Budget befasst und haben auch den Paradigmenwechsel als sehr positiv eingestuft, weil dadurch die Transparenz und Nachvollziehbarkeit durchaus gesteigert werden kann. Und was mich persönlich heute auch sehr positiv überrascht hat, ist, dass der Gemeinderat wirklich alles daran gesetzt hat, nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten zu suchen, indem die Rechnung 2007 nochmals durchgearbeitet wurde. Der Wermutstropfen ist natürlich, dass die Neuverschuldung trotzdem zunimmt und nicht ganz gestoppt werden konnte. Aber ich habe das Budget auch angeschaut und keine Positionen gefunden, bei denen man wirklich sagen müsste, das sind lediglich „nice to have“-Positionen, die man streichen müsste. Darum würde ich auch meinen, dass man diesen Voranschlag unterstützen muss.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit gehen wir in die Detailberatung. Der Ablauf ist jetzt so gedacht: Wir kommen zuerst zur Beratung der einzelnen Budgetpostulate, das Wort dazu hat zuerst wieder Herr Hans-Peter Tschui, Präsident der Fireko. Dann gehen wir die einzelnen Budgetpostulate durch. Die Redeordnung wäre so, dass das Wort zuerst die Postulantin, beziehungsweise der Postulant hat, dann die zuständige Gemeinderätin oder der Gemeinderat, danach ist das Wort offen zur Diskussion. Schliesslich wird über jedes einzelne Budgetpostulat abgestimmt. Anschliessend kommen wir dann zur Detailberatung des Voranschlags 2009, und am Schluss dann zu den Anträgen des Gemeinderates gemäss dem Bericht, auf

S. 11. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? Das Wort hat Herr Fireko-Präsident Hans-Peter Tschui zu den Postulaten.

384 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 1.1.1
Stellungnahmen des Gemeinderates vom 19.11.2008 und
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.11.2008
zu den Budgetpostulaten, Geschäft 3802B/C**

Hans-Peter Tschui, Präsident der Fireko: Sie mussten aus dem Bericht der Fireko zur Kenntnis nehmen, dass die Kommission Einschätzungen und Empfehlungen zu mehreren Budgetpostulaten nicht, oder nur unter Vorbehalt, abgegeben hat. Wir bedauern das. Für das individuelle Studium, die Beratung im Plenum und die Berichterstattung stand der Kommission vom 12. bis zum 24. November ein Zeitfenster von nur 8 Arbeitstagen zur Verfügung. Bei verschiedenen Postulaten wären zur vertieften Analyse der Sachfragen Rückfragen beim Gemeinderat und/oder bei der Verwaltung erforderlich gewesen. Das ist in diesem Zeitrahmen leider nicht möglich. Die Kommission hat ihre diesbezüglichen Bedenken eingebracht und geht davon aus, dass diese Situation im Prüfungsplan, bzw. im Terminplan für 2009 deutlich verbessert werden kann.

Der Kurzkomentar zu diesen Budgetpostulaten:

Zum ersten, Pos. 113-43, „Parkplatzbewirtschaftung“, von Andreas Bammatter. Die Kommission befürwortet von der Sache her das Postulat einstimmig, erwartet aber vom Gemeinderat eine Stellungnahme betreffend Umsetzung; sie ist also der Meinung, man müsse da kein Geld in die Hand nehmen. In der Zwischenzeit ist dies ja bereits überholt durch den Bericht des Gemeinderates.

Zweites Postulat, Pos. 342-318.00 von Frau Mathilde Oppliger, CVP, betr. „Vorkonzept für Beleuchtung des Sportplatzes Gartenhof“. Die Kommission befürwortet das Postulat, aber nur unter dem Vorbehalt, dass aus den Planungs- und Erfahrungswerten der Sportanlage Brühl hinreichend verlässliche, belastbare Submissionsgrundlagen abgeleitet werden können. Anderenfalls ist sie auch der Meinung, dass ein Vorprojekt erforderlich ist.

Dann von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, die beiden Postulate betr. „Wiedereingliederungsmassnahmen“: Die Kommission befürwortet das Postulat und empfiehlt, bei einer Enthaltung, die Annahme dieses Anliegens. Zum Zeitpunkt der Behandlung dieser Postulate hatten wir leider die entsprechenden Grundlagen nicht zur Verfügung, die wir heute hätten.

Dann „Beiträge an private Institutionen“, wieder von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Dies betrifft das Rotkreuz-Projekt. Hier beschloss die Kommission einstimmig, zu diesem Postulat keine Empfehlung abzugeben, weil wir uns ein zu wenig konkretes Bild machen konnten über Auftrag, Zielsetzung und Mittelbedarf dieses Projekts.

Dann drei besonders brisante Budgetpostulate, betr. „Beiträge an private Haushalte“ von Mathilde Oppliger, CVP, Julia Gosteli, Grüne und Barbara Selinger, SP/EVP: Der Tenor der Meinungsbildung in der Kommission ist der: Die Einwohnergemeinde Allschwil lässt Bedürftige auch im kommenden Jahr nicht im Stich. Sie unterstützt in wirklichen und dringenden Härtefällen in Not befindliche Einwohner im Winter und im Advent auf begründeten Antrag an die Sozialbehörde. Die Kommission befürwortet, bei einer Enthaltung, diese drei Postulate, und beantragt dem Einwohnerrat, diese Position nicht zu streichen.

Dann das Postulat Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, Pos. 780-318.00, „Dienstleistungen und Honorare im Zusammenhang mit Naturschutz“: Es ist der Kommission klar und verständlich, dass Gutachten und Expertenmeinungen in einem so sensiblen Gebiet wie Mülldeponien oder Atommülllager, Kernenergie und dergleichen mehr dem Laien nur unter Beizug von Experten verständlich gemacht werden können. Die Kommission befürwortet das Postulat eindeutig, beantragt jedoch, den Betrag von 15'000 auf 5'000 Franken zu reduzieren, mit der Begründung, dass wir ja im Einwohnerrat in der Person von Herrn Nedim Ulusoy einen ausgewiesenen Fachmann haben, der für Beratung und Unterstützung in diesen Verfahren und Prozessen zu Rate gezogen werden kann.

Das letzte Budgetpostulat von Mathilde Oppliger, CVP, betrifft die „Liegenschaften des Finanzvermögens, Mühlebachweg 41 mit dem zugehörigen Restaurant Mühle“. Das ist ein Objekt, das unter Denkmalschutz steht, und für dieses Objekt wird mit dem Postulat eine Ersatzinvestition beantragt – Beleuchtung in der „Burestube“. Dies kann sachlich nachvollzogen werden, vor allen Dingen wenn Sicherheitsaspekte mit einbezogen werden. Aber der Kommission haben sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen gestellt: Auf welchen Grundlagen basieren die Kostenangaben? Sind Offerten eingeholt worden? Wie sicher sind die Kosten, in Anbetracht von Leitungserneuerungen in historischer Bausubstanz? Besteht für das Objekt eine ganzheitliche Planung für Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen? Kann die Gemeinde als Verpächterin solche Ersatz- oder Erneuerungsinvestitionen nicht aus dem Pächtertrag finanzieren? Wie ist das Rendite-/Kostenverhältnis dieses Objekts – generell, und im Zusammenhang mit anstehenden oder geplanten Investitionen in Bausubstanz und in Betriebsreinrichtungen? Deshalb beantragt die Kommission dem Einwohnerrat, bis zur Beantwortung dieser Fragen – bei einer Enthaltung – die Ablehnung, bzw. Rückweisung dieses Postulats.

Felix Keller, Präsident: Damit kommen wir zu den einzelnen Budgetpostulaten.

385 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.2

Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 113-43, Entgelte – Neue Position: Parkplatzbewirtschaftung, Geschäft 3802B.1

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Zuerst noch eine kurze Bemerkung. Ich bin im Allschwiler Wochenblatt als Präsident der SP genannt worden. Das trifft nicht zu. Ich habe das auch mit den entsprechenden Personen des AWB klären können. Aber ich bin nun zweimal darauf angesprochen worden. Bei uns ist nach wie vor Jean-Jacques Winter Präsident. Es hat also keine Rochade gegeben, und ich bleibe vorerst auch Fraktionspräsident. Damit das einfach alle wissen und das klar ist.

Jetzt zur Eingabe dieses Budgetpostulats, die ich da vorgenommen habe, bezüglich Parkplatzbewirtschaftung. Das ist aufgrund verschiedener Aspekte erfolgt. Parkplatzbewirtschaftung ist ein Top-Thema in der Region – Basel, Binningen etc., das wissen Sie alle. Allschwil will haushälterisch, das haben wir heute gehört, mit den Finanzen umgehen und lebt bei verschiedenen Themen das Verursacherprinzip. Dann haben wir bei der letzten Einwohnerratssitzung im Oktober, dank der bürgerlichen Mehrheit, 200'000 Franken für 20 Parkplätze bewilligt – bewilligen müssen. Jetzt zu den einzelnen Punkten. Die Regio ist seit Jahren daran, die Parkplatzbewirtschaftung in und um Basel vernünftig umzusetzen. Konzepte wurden ausprobiert und eingeführt, und ich frage mich darum: Muss denn Allschwil wirklich die letzte Gemeinde sein, die das macht? Zum Verursacherprinzip: Wer konsumiert, soll auch dafür bezahlen. Wer bezahlt hat, soll eine Leistung bekommen. Somit erlaube ich mir, Nicht-AllschwilerInnen, die regelmässig und lang bei uns parkieren, einzuladen, sich auch an den Kosten angemessen zu beteiligen. Zum dritten Punkt: Es ist für mich wirklich sehr schwer zu verstehen, warum wir 200'000 Franken für 20 Parkplätze aus der Gemeindekasse bezahlen (der Kanton hat ja seine Beteiligung verweigert, indem er sagt, das ist eine Fahrstrasse und keine Parkierstrasse), dass aber gleichzeitig im Voranschlag – dazu kommen wir dann noch – auf der sozialen Seite mehrere hunderttausend Franken eingespart werden sollen. Der symbolische Budgetbetrag ist bewusst auf dem Ertragskonto budgetiert, da ich natürlich der Hoffnung bin, dass wir bis Ende 2009 mehr Einnahmen haben als Ausgaben, und somit das auch wieder im positiven Bereich ist. Ich erkenne jedoch, dass sich der Gemeinderat intensiv mit diesem Thema auseinandersetzt und dieses und jenes prüft. Wie er in seiner Stellungnahme schreibt, ist der Punkt schon lange ein Thema in Allschwil und somit aktuell. Also – es fehlt nur noch die Umsetzung. Ich bitte Sie daher, das Budgetpostulat anzunehmen und ein grosses Zeichen zu setzen.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Es ist richtig, viele Gemeinden in der Regio haben schon eine Parkraumbewirtschaftung realisiert. Sie haben aber auch jede einzeln eine Insellösung realisiert. Fragen Sie insbesondere Gewerbetreibende, was sie davon halten, wenn sie für jede einzelne Gemeinde eine Karte lösen müssen, um bei ihren Kunden auf Montage gehen zu können. Da braucht es eine regionale Lösung, und in diese Richtung möchte der Gemeinderat

arbeiten bezüglich Gewerbekarte. Dazu braucht es aber noch ein paar Gespräche. Soviel zu diesem Aspekt. – Die Gemeinde beobachtet die Situation laufend. Wir haben schon informiert, und Sie haben es auch in diesem Bericht wieder gesehen: Es findet ein Monitoring statt, in dem wir anschauen, wie die Parkplatzsituation entlang der Baslerstrasse und in den Seitenstrassen der Baslerstrasse ist. Und – Sie haben es im Bericht gesehen – wir haben keinen Parkplatznotstand, und es sieht auch nicht danach aus, als würde sich das in den nächsten Monaten ändern. Es ist anzunehmen, dass sich die Situation verschärfen wird, und deshalb sagt der Gemeinderat nicht nein zu einer Parkplatzbewirtschaftung. Sonder wir sagen nein dazu, dass man das ums Verrecken nächstes Jahr bereits umsetzen müsse. Nächstes Jahr müssen wir die entsprechenden Abklärungen und Vorarbeiten – Gespräche mit den anderen Gemeinden – für regionale Lösungen tätigen, und dann mit einem ausgereiften Vorschlag kommen. Aus diesem Grund lehnt der Gemeinderat das Postulat ab. Für das kommende Jahr brauchen wir keine zusätzliche Position im Budget. Ich möchte Sie bitten, den Gemeinderat und die Verwaltung an dem Projekt weiterarbeiten zu lassen, anstatt jetzt einen Auftrag zu erteilen zu wollen, dass jetzt – rasch, rasch – eine eigene Insellösung realisiert wird.

Felix Keller, Präsident: Die Diskussion ist offen. Ich bitte jetzt, Wortmeldungen bei Frau Ursula Pozivil anzumelden.

Philippe Adam, CVP-Fraktion: Die Thematik Parkplatzbewirtschaftung ist eigentlich nichts Neues. Ausserdem ist ja die Parkplatzreduzierung in Basel-Stadt schon seit mehreren Jahren, und nicht erst seit gestern Tatsache. Und die offizielle Parkplatzbewirtschaftung in Basel-Stadt ist per 1.1.2009 nicht ganz fertig; das wird bis in den Mai hinausgehen. Das weiss ich gerade aus erster Quelle. – Zweitens: Das Budget, das Herr Bammatter beantragt hat mit 5'000 Franken reicht ja überhaupt nirgendwo hin. Allein schon die Software für eine Parkplatzbewirtschaftung kostet um die 20'000 Franken – 18 – 20'000 Franken, und zudem ist es ein erheblicher Mehraufwand. Also das muss man wirklich sukzessive prüfen können, um eine gute Lösung zu finden. Im Weiteren ist es auch, wie Thomas Pfaff bereits sagte, für die Gewerbetreibenden schwierig, ständig neue Karten bei sich zu haben. In jeder Gemeinde müssen sie eine andere Karte zücken. Das ist auch ein finanzieller Aufwand, und ich denke, sie wären damit nicht sehr glücklich. Wir von der CVP-Fraktion lehnen daher momentan das Postulat ab.

Peter von Arx, FDP-Fraktion: Zuerst einmal herzlichen Dank an Felix Keller für die einleitenden Worte. Ich hoffe, ich kann meinen Teil in den Einwohnerrat einbringen und in die Kommissionen, in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat.

Nun zur Stellungnahme der FDP-Fraktion. Wir haben auch über das Thema geredet und sind eigentlich zu einer ähnlichen Einschätzung, einer ähnlichen Lösung gekommen wie die CVP, indem wir sagen: Im Prinzip haben ja alle Anrainergemeinden das gleiche Problem, von Binningen bis Oberwil, Birsfelden oder Münchenstein. Alle haben das Problem: Basel führt die Beschränkung ein. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass Handlungsbedarf besteht, und damit hat der Vorstoss der SP/EVP-Fraktion sicher eine Basis. Aber wir denken, dass der Betrag von 5'000 Franken einfach nicht ausreichen kann. Wir denken, dass man es anders machen soll, dass man zum Beispiel mit den anderen Gemeinden zusammen eine regionale Lösung sucht und dann versucht, diese regionale Lösung umzusetzen. So hätte man vermutlich mehr Geld zur Verfügung, und man hätte dann auch eine Lösung, die hält. Die FDP würde auch für Verhandlungen mit den anderen Gemeinden Hand bieten. Wir beantragen, das Postulat abzulehnen, aber gleichzeitig den Gemeinderat zu beauftragen, die Verhandlungen mit den Gemeinden zu führen. Ich bitte Sie also, das vorliegende Postulat abzulehnen, und in einer nächsten Lesung werden wir ein neues vorlegen können.

René Imhof, SVP-Fraktion: Auch die SVP-Fraktion lehnt das Postulat aus ähnlichen Erwägungen, wie es die Vorredner sagten, ab.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: „Warten wir doch dieses Postulat ab, und warten wir auf unseres...“ Whow! Keine Angst, Gemeinderat, wir wollen euch nicht die Arbeit wegnehmen. Wir lassen euch arbeiten. Und dieses Postulat ist kein Postulat – es ist ein Budgetpostulat. Wenn ihr schon redet dort drüben von 20'000 oder 18'000 Franken, die die Software koste... wir haben gehört, der Gemeinderat ist daran. Er ist seit Jahren an der Idee und an der Abklärung der Parkplatzbewirtschaftung. Vielleicht würden diese 5'000 Franken gerade ausreichen, um einmal zu einem konkreten Ziel kommen zu können. Wenn wir von „Insellösungen“ reden, meine Damen und Herren – jede Gemeinde macht eine

Insel. Schön. Wenn aber das Land knapp wird, bin ich froh um jede Insel – ganz einfach. Und das Wasser geht nicht weg, wenn ich nichts tue. Ich muss schauen, dass es zwischen den Inseln Festland wird, indem ich mir von Insel zu Insel einen Weg suche. Wir reden nicht vom Sechser. Wir reden von den Quartierstrassen. Ich lade Sie gerne einmal ein, bei uns in der Bettenstrasse, im Steinbühlweg vorbeizukommen. Wenn Sie dort eine Parklücke finden, dann empfehle ich Ihnen einfach eines: Lassen Sie Ihr Auto dort ein paar Tage lang stehen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich wollte nur etwas zu dem Votum sagen, das gefallen ist: „Muss das jetzt sein“ – so quasi als ob das jetzt durchgestiert werden soll. Seit ich hier drinnen sitze, werden wir vertröstet, es werde bald etwas geschehen in Sachen Parkplatzbewirtschaftung. Wir haben 5'000 Franken beantragt für die Konzeptarbeit, nicht für das Programm oder weiss ich was. Nur um das Konzept zu erarbeiten, und ich finde das nicht zu wenig. Es ist ja auch besser, wenn wir weniger investieren und vielleicht beim Erarbeiten dieses Konzepts sparen. Und noch etwas: Es generiert ja auch Einnahmen für die Gemeinde mit diesen Parkplatzzkarten, oder weiss ich was heute schon alles genannt wurde. Jedenfalls: es ist nicht etwas, das durchgestiert werden soll, sondern etwas, das endlich einmal zu einem Ziel kommen soll.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe nur noch eine Frage an den Gemeinderat: Wann ist der Zeitpunkt, zu dem der Gemeinderat beabsichtigt, uns wieder zu informieren. Wann?

Jürg Gass, SVP-Fraktion: Das Ganze mit diesen Parkplätzen war vor Jahren auch einmal ein Steckenpferd von mir. Ich glaube, keiner von euch legt den Sicherheitsgurt an, wenn er sieht, jetzt kracht es gleich. Man hat ihn vorher an. Und wir müssen nicht anfangen, an den Parkplätzen herumzumalen und umzuorganisieren, wenn die Autos dort stehen, denn das geht nicht von heute auf morgen. Das ganze Ummalen, wenn es dann auch kostengünstig sein soll, kann man nicht in die Finger nehmen und sagen, so, jetzt machen wir Allschwiler blau. Das kostet einen Haufen Geld. Wir haben immer gesagt, wir wollen das für Allschwiler relativ kostenneutral machen und diese Parkkarten an Allschwiler im Prinzip fast gratis abgeben. Das heisst, man könnte anfangen, solche Plätze umzumalen, die wirklich neu gestrichen werden müssen. Statt weiss kann man es ja dann blau streichen. Das braucht halt eine gewisse Zeit. Wenn wir dann anfangen, wenn überall dicht ist – viel Vergnügen miteinander! Wenn es dann losgeht, dann kostet es.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ich gehe gerne auf die verschiedenen Anregungen und Fragen ein. Es wurde der Eindruck erweckt, als würde die Verwaltung seit Jahren daran arbeiten und käme zu keinem Resultat. So ist es natürlich nicht. Das einzige, was bisher stattgefunden hat, ist dieses Monitoring. Davon haben Sie die Resultate in den Unterlagen, die zeigen, dass noch kein dringender Bedarf besteht. Zweitens wird beobachtet, was in den umliegenden Gemeinden passiert. Und da sehen wir, dass jetzt Handlungsbedarf besteht, um eine regionale Lösung zu finden. Dass wir effektiv das Thema angehen, werden, steht jetzt erst bevor. – Stichwort „vertrösten“: Der Gemeinderat hat Sie nie vertröstet. Der Gemeinderat hat darüber in Kenntnis gesetzt, wie die aktuelle Situation ist, und hat Ihnen damals angekündigt, man werde dieses Monitoring machen. Es hat sie früher informiert und jetzt wieder. Von vertrösten kann keine Rede sein. – Andreas Bammatter fragt: Wann? Diese Frage kann ich nicht beantworten. Der Gemeinderat hat diesbezüglich noch keinen Entscheid gefällt. Es liegt auch noch kein Entscheid vor, dass man zwingend diese Parkraumbewirtschaftung will. Sie steht lediglich zur Diskussion, und aus diesem Grund habe ich veranlasst, dass man jetzt im Departement die entsprechenden Vorabklärungen trifft. Für diesen Weg braucht es keinen Betrag im Budget; denn ein Betrag im Budget bezieht sich auf externe Kosten. Aber zurzeit sind noch keine externen Kosten vorgesehen. Zurzeit wird intern gearbeitet, und das ist bereits abgedeckt durch die Personalkosten.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich bin ein wenig überrascht von den Zahlen, die uns der Gemeinderat hier präsentiert in der Beantwortung des Budgetpostulats. An der letzten Einwohnerratssitzung wurden 200'000 Franken beantragt zur Erhaltung von 20 Parkplätzen. Jetzt werde da Zahlen ausgewiesen, wonach es in Allschwil eigentlich ein Überangebot von Parkplätzen gibt. Das Geld wurde an der letzten Sitzung trotzdem gesprochen. Und ich bin schon der Meinung, es ist sinnvoll, wenn man jetzt schon 200'000 Franken investiert für 20 Parkplätze, dass man sich dann auch Gedanken macht, wie man diese Parkplätze dann sinnvoll bewirtschaften kann. Auch vom Verhältnis her sind wir der Meinung, dass diese 5'000 Franken im Vergleich zu diesen 200'000 Franken durchaus angemessen sind, wenn man dafür

schauf, dass diese Parkplätze auch sinnvoll eingesetzt werden, und dass auch eventuell irgendwann einmal geldmässig etwas hereinkommt, was dann der Gemeinde Allschwil gut tut und die Steuerzahler entlastet. Daher beantragen wir, dass Sie dieses Budgetpostulat gutheissen.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Ich gebe noch bekannt, dass wir 36 Stimmberechtigte sind.

://:

Das Budgetpostulat wird mit 20 Nein bei 16 Ja abgelehnt.

386 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.3
Budgetpostulat CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger, betreffend
Laufende Rechnung, Pos. 342 Hallenbad / Geschäft 342-318.00
Dienstleistungen und Honorare, Geschäft 3802B.2

Sarah Lorenz Borer, CVP-Fraktion: Dem Voranschlag konnten Sie entnehmen, dass das Vorprojekt im Zusammenhang mit der Flutlichtanlage Gartenhof 15'000 Franken kosten soll. Das ist sehr viel Geld. Die CVP-Fraktion denkt, dass das zu viel Geld ist. Das würde nämlich bedeuten, dass 150 Stunden lang zu einem Ansatz von 100 Franken darüber nachgedacht werden soll, ob nun diese Flutlichtanlage ersetzt oder ersatzlos abgebrochen werden soll. Die 150 Stunden sind umso fraglicher, als der Gemeinderat in seiner Stellungnahme sagte, dass bereits im Mai 2008 eine materialtechnische Zustandsanalyse vorgenommen worden sei. Diese Zustandsanalyse hat ergeben, dass die Anlage in einem sehr schlechten Zustand ist, und dass insbesondere die Tragsicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Die CVP-Fraktion ist der Ansicht, dass man nicht 150 Stunden lang darüber nachdenken muss, wie man diese Anlage abbricht, wie die Stromversorgung neu geregelt werden könnte oder wie man das Beleuchtungskonzept neu regeln könnte. Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen der CVP-Fraktion, das Vorprojekt zu streichen und diese 15'000 Franken einem anderen Zweck zuzuführen.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Wahrscheinlich handelt es sich bei diesem Geschäft eher um ein Missverständnis. Wir haben kürzlich in der Sportanlage Brühl eine Flutlichtanlage erstellt, wie Sie alle wissen. Diese Flutlichtanlage wurde aber im Rahmen eines Neubaus erstellt; dort hatten wir selbstverständlich auch einen Planer. Und dieser Planer hat im Vorfeld diese Flutlichtanlage entworfen, die Ausschreibung gemacht etc. Diese Vorarbeiten sind bei jedem grösseren Projekt erforderlich, und es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder man vergibt diese Vorarbeiten extern an ein Planungsbüro, oder unsere Mitarbeiter auf der Gemeinde erledigen das. In diesem Fall muss ich Ihnen sagen, dass unsere Leute eigentlich nicht prädestiniert sind, eine Flutlichtanlage zu bemessen, zu dimensionieren, auszuschreiben etc. Daher sind wir darauf angewiesen, das auswärts zu vergeben. Zur Höhe der Kosten: So eine Flutlichtanlage wird etwa gegen 200'000 bis 300'000 Franken kosten, diese Grössenordnung kann ich Ihnen heute schon sagen. Aber weil wir ja gehalten sind, Ihnen im Rahmen eines Antrags eine Genauigkeit von 10 % vorzulegen, bin ich darauf angewiesen, dass zuvor eine Planung stattfindet – also dass man sagt, wie hoch diese Masten sein müssen, wie viele Masten es braucht, wie die Zuleitung zu planen ist, etc. Und um das alles vorzubereiten, um Ihnen dann wirklich einen vernünftigen Antrag vorlegen zu können, der im Rahmen der Kostengenauigkeit standhält, brauchen wir diese 15'000 Franken. Und die sind auch in einem sehr guten Verhältnis zur investierten Summe. Darum möchte ich Sie dringend bitten, dieses Budgetpostulat auf keinen Fall anzunehmen.

Felix Keller, Präsident: Die Diskussion ist offen. Ich bitte um Wortmeldungen bei Frau Pozivil.

Andreas Bitterli, SP/EVP-Fraktion: Wir haben das in der Fraktion auch angeschaut, und ich möchte eigentlich Herrn Vogt zustimmen. Ich bin selber Planer und sehe, was ab und zu eben nicht geplant wird, was jedoch besser hätte geplant werden sollen. Man weiss, dass vor allem in einem Vorprojekt, oder

wenn es nachher noch weitergeht, genau dann hat man noch Möglichkeiten, die Kosten in den Griff zu bekommen. Je weiter die Planung fortgeschritten ist, oder eben dann nicht – bzw. je weiter unten man einsteigt, desto weniger Möglichkeiten hat man dann, etwas Optimales zu bekommen, und dann steht man da und sagt: Hätten wir das doch lieber von Anfang an richtig angeschaut. Von daher empfiehlt die SP/EVP-Fraktion, dieses Postulat unbedingt abzulehnen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich habe jetzt eben gehört, dass diese Flutlichtanlage um die 300'000 Franken kosten könnte. Aber man hört zum Teil auch Meinungen, dass dieser Sportplatz eventuell nicht auf ewig ein Sportplatz bleibt. Muss man sich da nicht wirklich gut überlegen, ob man dort noch so viel Geld investieren will, nachdem wir jetzt ja einen Sportplatz im Brühl haben mit Flutlichtanlage und allem? Ist das dann nötig, dass im Gartenhof auch so eine teure Anlage installiert wird?

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Es ist natürlich schon so, wenn wir in Betracht ziehen würden, dass es dort einmal eine andere Nutzung gäbe, dann bauen wir ganz sicher keine Flutlichtanlage. Aber zum heutigen Zeitpunkt kann man sagen, dass der Sportplatz wirklich rege benutzt wird, auch im Gartenhof, vor allem durch den FC Allschwil, auch durch die Schulen. Und deswegen sind wir eigentlich darauf angewiesen, dass so ein Sportplatz erhalten bleiben muss. Und auch die Flutlichtanlage selber ist eigentlich nicht umstritten. Aber das würden wir sicher ganz genau sagen, bevor wir dann mit einem Antrag an Sie gelangen.

Joël Wartenweiler, SVP-Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion sind auch dafür, dass man lieber zuerst plant, bevor man loslegt, obwohl wir es auch supertoll finden, wenn man Geld einspart, und es wäre natürlich supertoll gewesen, wenn man auf irgendwelche Planungsunterlagen hätte zurückgreifen können. Aber das hat sich ja jetzt nicht so erwiesen. Darum sind wir von der SVP-Fraktion auch dafür, dass wir dieses Budgetpostulat ablehnen.

Felix Keller, Präsident: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Wir sind mittlerweile 37 Stimmberechtigte. Ich begrüsse Herrn Lucius Cueni.

://:

Mit 18 : 18 Stimmen im Saal und dem Stichentscheid des Präsidenten wird das Budgetpostulat angenommen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Entschuldigung, ich habe eine Verständnisfrage. Es ist abgestimmt, und es ist so, wie es ist. Aber Herr Wartenweiler hatte im Namen seiner Fraktion gesagt: „Wir sind für Ablehnung“. Ist das richtig so, Herr Wartenweiler? „Wir“!

Joël Wartenweiler, SVP-Fraktion: Das ist eine gute Frage.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe keine weiteren Fragen mehr. Aber es ist schon eine traurige Sache, so etwas...

387 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.4

Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Laufende Rechnung,

1) Pos. 586-36 Arbeitslosigkeit, Eingliederungsmassnahmen

2) Pos. 586-46 Arbeitslosigkeit, Eingliederungsmassnahmen, Geschäft 3802B.3

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wenn wir es schon besser wissen, dann müssen wir es auch berücksichtigen. Das sagte auch schon Herr Tschui von der Fireko. So hat auch der Gemeinderat argumentiert, als er das Budget während des laufenden Jahres änderte. Diejenigen Damen und Herren vom Einwohnerrat, die dienstälter sind, die also nicht frisch angefangen haben, wissen das noch. Das war damals wegen der zu erwartenden Steuereinnahmen. Da mussten wir das Budget während des laufenden Jahres anpassen. Meines Erachtens haben wir nun eine vergleichbare Situation, nur betrifft es dieses Mal Massnahmen zur Integration von Stellensuchenden. Im Sommer, als der Voranschlag gedruckt wurde, wusste die ganze Welt, und somit auch unsere Gemeinde, noch nicht, was wir da im Dezember bezüglich der Weltwirtschaft haben und was los ist. Heute wissen wir es. Und ich möchte das Unheil nicht heraufbeschwören, aber doch realistischerweise sagen, dass wir leider auf eine Rezession zugehen. Somit ist es meiner Meinung nach nicht sinnvoll, dort zu kürzen, wo ein effektiver Bedarf wahrscheinlich mit ganz grosser Sicherheit nicht zurückgehen wird. Ich habe darum beantragt, dass man die Beträge, die wir letztes Jahr drin hatten, und die auch in der Rechnung ausgewiesen sind, nicht senkt. Selbstverständlich kann man der Meinung sein, dass man mit dem, was jetzt budgetiert ist, die Integrationsmassnahmen finanzieren kann. Es stellt sich jedoch immer wie Frage, welches der effektive Bedarf ist, und was passiert, wenn man den decken muss, und das Geld ist nicht im Budget. Ich bitte, hier das Budget entsprechend anzupassen. Das Thema ist viel zu ernst, als dass man die neuen Erkenntnisse einfach rechts liegen lassen könnte.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Man konnte in letzter Zeit immer verschiedene Wirtschaftsprognosen aus der Presse entnehmen. Die einen waren pessimistisch, die anderen optimistisch. Die Optimisten warnen davor, dass man eine Krise herbeiredet. Aber ich glaube, schönreden ist sicher auch der falsche Ansatz. Darum bleiben wir realistisch; die Wirtschaftslage wird sich sicher verändern und negative Auswirkungen auf die steigenden Arbeitslosenzahlen haben. Wobei die saisonalen Schwankungen berücksichtigt werden müssen. Trotzdem ist der Gemeinderat der Auffassung, dass der budgetierte Betrag von Fr. 400'000 ausreicht, um die notwendigen Integrationsprogramme im 2009 durchführen zu können. Seit August sind die Sozialhilfefälle gesunken, und sie sind bis Ende November stabil geblieben. Also Ende August sind sie gesunken, und dann blieb im September/Okttober/November genau die gleiche Zahl. Die Arbeitslosen, die neu kommen, die also neu arbeitslos werden – das wird es sicher geben – gehen ja zuerst in die Arbeitslosenversicherung und bekommen von dort Geld. Und die bisher von der Gemeinde finanzierten Beschäftigungsprogramme haben wir per Lohnabrechnungen abgerechnet und so auch Arbeitslosenversicherungsbeiträge bezahlt, so dass dies dann als Beitragszeit für die Arbeitslosenversicherung anerkannt wurde. Dadurch waren die Beträge natürlich höher, als wir sie jetzt haben. Und jene Fälle, in denen wir 12 Monate lang im Beschäftigungsprogramm Lohn zahlten, die waren dann zum Bezug von Arbeitslosengeld berechtigt. Jetzt hat sich aber im kantonalen Sozialamt ein Vollzug ergeben, dem zufolge man das nicht mehr so machen kann. Diese Praxisänderung führt dazu, dass man solche Beschäftigungsprogramme nicht mehr auf die Rahmenfrist für die Arbeitslosenversicherung anrechnen lassen kann. Das hat zur Folge, dass die Sozialfälle, die trotz absolviertem Beschäftigungsprogramm stellenlos bleiben, weiterhin von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen, statt wie bisher von der Arbeitslosenversicherung übernommen zu werden. Aus diesem Grund werden die Personen für Integrationsprogramme nun sorgfältiger auf Integrationsfähigkeit hin ausgewählt und auch entsprechend überprüft. Und es werden nur noch diejenigen Integrationsmassnahmen finanziert, bei denen eine reale Aussicht auf Integration in den Arbeitsmarkt besteht. Diese Personen erhalten jetzt keinen Lohn, sondern „nur“ noch Sozialhilfe, plus die normalen Overhead-Kosten, die man übernehmen muss. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass diese 400'000 Franken ausreichen, um die Integrationsprogramme durchzuführen. Sollte es dahin kommen, dass die 400'000 Franken verbraucht sind, und wir haben aber noch jemanden, der Aussicht hätte, mit einem Beschäftigungsprogramm in den Arbeitsprozess hineingeführt werden zu können, dann würden wir selbstverständlich auch diese Personen noch in die Integrationsprogramme schicken, damit sie einen Arbeitsplatz realisieren könnten. Was natürlich auch wichtig ist im Fall einer Rezession oder Wirtschaftskrise, denn da gibt es ja nicht eine Menge neuer Arbeitsplätze. Das ist eben das Wichtigste, dass man Arbeitsplätze hat insbesondere für Personen, die eher Schwierigkeiten haben, in ein Arbeitsprogramm hineinzukommen. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat wie gesagt der Meinung, dass die 400'000 Franken ausreichen, um die Integrationsprogramm durchzuführen, und er beantragt Ihnen, das Postulat abzulehnen.

Felix Keller, Präsident: Die Diskussion ist offen. Ich bitte um Wortmeldungen bei Frau Pozivil.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Die FDP/GLP-Fraktion schliesst sich den Ausführungen von Herrn Gemeinderat Julier an. Wie er richtig sagte, hatten ja bisher die sozialen Dienste Allschwil ein Interesse, durch die Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen ausgesteuerte Personen aus der kommunalen Sozialhilfe in die bundesfinanzierte Arbeitslosenkasse zu entlassen. Aufgrund dieser Praxisänderung ist das jetzt nicht mehr möglich. Das heisst, wie er richtig sagte, die Gemeinde hat jetzt ein grosses Interesse, im Voraus genau zu prüfen, ob ein Beschäftigungsprogramm bei ausgesteuerten Arbeitslosen wirklich sinnvoll ist. Und es ist nur dann sinnvoll, wenn wirklich Aussicht auf eine Integration besteht; denn anderenfalls fällt diese Person ja ohnehin wieder zurück in die Sozialhilfe. Das heisst, diese Budgetkürzung hat ihren Grund in erster Linie in dieser kantonalen Praxisänderung, und sie ist nicht zurückzuführen auf eine konjunkturelle Änderung. Das heisst wie gesagt, die Gemeinde hat neu kein Interesse mehr, unnötige Beschäftigungsmassnahmen zu finanzieren. Aus diesem Grund beantragten wir die Ablehnung dieses Budgetpostulats. Wir erachten nämlich die Reduktion auf diese 400'000 Franken als sachlich gerechtfertigt und sozialverträglich. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch darauf hinweisen, dass das Budget 2009 ein Defizit ausweist, und der Finanzplan 2009 bis 2013 eine Neuverschuldung von rund 10 Millionen. Das heisst, jeder zusätzliche Franken, den wir ausgeben, führt auch zu einem entsprechend höheren Defizit und auch zu einer entsprechend höheren Neuverschuldung. Aus diesem Grunde ist Zurückhaltung erforderlich bei diesem Budgetpostulat.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Lieber Andreas Bammatter, du wünschst eine Aufstockung – [Zuruf aus dem Plenum] – das ist eine Aufstockung, was du wünschst, oder eine Plafonierung, wie du willst. Es ist auf jeden Fall mehr Geld. Wir können das grundsätzlich nachvollziehen. Aber die Aussagen von Gemeinderat Julier in seiner Begründung können wir sehr nachvollziehen und stimmen dem auch zu. Wir lehnen also dieses Budgetpostulat ab, und zwar nicht ideenlos. Wir haben eine Idee. Wir sagen es so, ich greife jetzt ein wenig vor: Morgen werden wir ja eine Leistungsvereinbarung mit der Bürgergemeinde beraten. Und dort drin gibt es ja eine finanzielle Differenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Gibt es nun einen Beschäftigungsgrund, dann könnten wir ja, statt einfach Geld zu reservieren und dann auszuzahlen, diese Personen in der Weise integrieren, dass sie eine gute Arbeit leisten, die allen zugute kommt. Deshalb ist das eine Möglichkeit, die du in dein Budgetpostulat einbauen könntest. Wenn das richtig gemacht würde, könnten wir zustimmen. Das ist also der Fraktionsbeschluss, so wie wir ihn haben.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Zu den Zahlen: Wir machen eine Kürzung, indem wir es aus Spargründen nicht beibehalten, weil die Hauptabteilungsleiterinnen und -leiter angehalten wurden zu schauen, wo man kürzen könne. 43 Prozent ist eine ansehnliche Zahl. Zum zweiten: Ich war 10 Jahre in der Sozialhilfebehörde Allschwil. Ich habe beruflich damit zu tun. Ich muss leider sagen, Arnold Julier: Ich glaube nicht, dass ein einziger Mensch in eine Beschäftigungsprogramm „gegangen wurde“ – sage ich jetzt mal – wenn man nicht an ihn geglaubt hätte, und nur damit man ihn in bundesfinanzierte Programme abschieben kann. Bitte sagt das nicht hier drinnen. Es geht um Langzeitarbeitslose, und es ist nicht unnötig. Denn das sind Massnahmen, die schweizweit anerkannt sind. Und wenn man am Schluss noch das Budget nimmt wegen dem Sparen im sozialen Bereich, dann tut mir das weh. Es tut mir wirklich weh, wenn man auf dem Rücken der Menschen, die am wenigsten haben, spart. Und dann lehnen wir 5'000 Franken ab für ein Konzept, wie ich es vorhin sagte und nachher vielleicht nochmals sagen werde, geben aber 200'000 Franken aus für 20 Parkplätze. Überlegt euch das einmal! Zudem steht heute wieder in der „bz“, vom obersten Chef des Seco: „Tiefe Spuren der Finanzkrise“ – vielleicht geht es eben schneller, als wir denken: „Eine Null statt 1,5 Prozent Wachstum“. Wir wissen es alle, wir kennen es, wir stehen dazu, je nachdem. Aber macht es nicht auf dem Rücken dieser Menschen. Entschuldigung.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Budgetpostulat wird mit 22 Nein, bei 15 Ja, abgelehnt.

388 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.5

**Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend
Laufende Rechnung, Pos. 589-365 Beiträge an Private Institutionen, Geschäft
3802B.4**

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wir kommen zum nächsten Antrag von mir. Herr Tschui sagte es, es war für die Fireko schwierig, dieses Geschäft zu behandeln. Ich habe davon Kenntnis erhalten und habe dann entsprechend einen Beitrag an die Fraktionen gemalt; ich hoffe, er ist an alle weitergeleitet worden. Ich beschränke mich auf das Wesentliche, weil sonst die Sitzungsgelder mehr Kosten verursachen als der Antrag. Ich möchte einfach fragen: Kann es wirklich sein, dass der Gemeinderat, obwohl er „die zu erwartenden positiven Effekte früher Integration“ würdigt, dennoch in einem Budget von 70 Millionen diese 5'000 Franken nicht als notwendig erachtet. Wenn wir jetzt am falschen Ort sparen, dann müssen wir später mehr bezahlen. Das ist auch eine alte Weisheit, das haben wir bei den Investitionen und auch sonst. Beim Kinderprojekt „Mitten unter uns“ des Roten Kreuzes können wir auf natürlich Art Kinder, die zugezogen sind, die bei uns leben, die fest hier sind, in Sprache und Kultur integrieren. Das ist sehr wichtig und notwendig, und sehr viele können profitieren. Nämlich nicht nur Kinder, die dann bereits im Kindergarten die deutsche Sprache können und auch wissen, was unsere Gepflogenheiten sind – das ist uns ja wichtig, sondern auch die, die mit diesen Kindern zu tun haben, nämlich Lehrerinnen und Lehrer, wir auf der Strasse. Und wenn sie dann später soweit sind, dass sie in eine Lehre gehen, dann sind sie einen, zwei, drei oder vier Schritte weiter. Wir wissen, wenn man früh anfängt und etwas Sinnvolles macht, dann zahlt sich das nachher im positiven Sinne doppelt aus. Ich bitte Sie daher, mein Budgetpostulat und dieses Projekt zu unterstützen.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Ich weiss nicht, ob alle wissen, was das überhaupt ist. Andreas Bammatter sagte, er habe ein Papier abgegeben, wo das drauf steht – ich weiss nicht, sonst würde ich gerne erklären, nur ganz kurz. Das ist eine Dienstleistung des Schweizerischen Roten Kreuzes Baselland für Jugendliche und Kinder aus fremdsprachigen Familien, die die schweizerischen Lebensgewohnheiten noch nicht kennen und mit der deutschen Sprache nicht vertraut sind. Einheimische oder seit Jahren integrierte Familien oder Einzelpersonen bieten diesen jungen Migranten über längere Zeit ihre Gastfreundschaft an. Die jungen Leute nehmen am Alltag dieser Gastfamilie oder Gastperson teil. Sie machen mit ihnen Einkäufe, essen, spielen, usw. So werden sie im direkten Umgang mit der deutschen Sprache und den Lebensgewohnheiten vertraut gemacht, damit sie bestmöglich an der Gesellschaft teilhaben können und ihnen die Integration erleichtert wird. Das Projekt „Mitten unter uns“ ist eine niederschwellige Dienstleistung im Integrationsbereich. Eine Fachperson der Roten Kreuzes Baselland ist in regelmässigem Kontakt mit den Gast- und Migrationsfamilien und arbeitet eng mit den Schulen und anderen lokalen Partnerorganisationen zusammen. Bei uns wurde das eigentliche Projekt im April 2007 gestartet. Bis Ende März wurden dann insgesamt 8 Besuchskontakte vermittelt und betreut, wobei bei der Vermittlung eines Geschwisterpaars bereits im Gespräch mit der Gastfamilie überhaupt nicht funktionierte und die unterschiedlichen Bedürfnisse nicht abgedeckt werden konnten. Somit waren es Ende März letztendlich 6 Besuchskontakte. Zwei Kinder befanden sich damals noch in Vermittlung; ob sie auch vermittelt wurden, ist mir nicht bekannt. Die Koordinatorin führte insgesamt 6 Erstgespräche mit ausländischen Familien und 5 Erstgespräche mit Gastgeberfamilien. Die Anzahl vermittelter Kinder liegt gemäss der Koordinatorin des Roten Kreuzes Baselland im Rahmen der Erwartungen und bestätigen die Erfahrungen aus anderen Kantonen, die sagen, 5 Vermittlungen pro Jahr in der Aufbauphase seien normal. Vernetzung sei für die Vermittlungsarbeit entscheidend, beanspruche aber anfänglich viel Zeit und Engagement. Die definierten Hauptzielgruppen bei den Kindern sind jeweils vom Kindergarten und aus der Primarschule abgeholt worden. Das Projekt haben wir mit 1'500 Franken unterstützt. Es hatte anfangs geheissen, es sei gratis, wir könnten jetzt erst einmal mitmachen und dann erst entscheiden. Letztendlich kam es aber doch so heraus, dass wir 1'500 Franken an das Rote Kreuz zahlen mussten. Und nun ging es darum, dass man eine Leistungsvereinbarung macht mit dem SRK Baselland, um das Konzept „Mitten unter uns“ weiterzuführen. Der Gemeinderat hat dann beschlossen, dass man in der finanziellen Situation keine neuen Auslagen mehr generieren will, und er hat das deshalb abgelehnt.

Felix Keller, Präsident: Die Diskussion ist offen.

Rita Urscheler, Fraktion Grüne: Ich bin Leiterin der GGG-Bibliothek Wasgenring. Ich habe in meinem Alltag täglich mit Kindern aus Migrantenfamilien zu tun; und ich muss sagen, mir graust es manchmal, wenn ich denke, was für eine Zukunft diese Kinder haben. Und mir tun auch Lehrpersonen leid, die jeden Tag mit schlechten Vorgaben arbeiten müssen. Ich möchte Sie dringend bitten, jede Möglichkeit zu unterstützen, mit der man diesen Kindern helfen kann, vor allem wenn es so wenig kostet wie das hier.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird sich gegen dieses Postulat wenden, und zwar aus folgenden Überlegungen: Diese 5'000 Franken werden gesprochen, und das als Blankoscheck sozusagen. Wie gesagt, es ist keine Leistungsvereinbarung vorhanden, und es wird auch in absehbarer Zeit keine vorhanden sein. Weiter gab uns zu denken, dass Organisationen wie das Rote Kreuz eine höchstgradig ineffiziente Verwaltung/Kostennutzung haben. Das heisst ein Grossteil geht einfach drauf für irgendwelche Personalkosten in der Verwaltung selber. Ein konkreter Nutzen mag allenfalls sein. Ich möchte als Beispiel noch anfügen aus meiner eigenen Kindheit; es ist noch nicht all zu lange her: Integration findet nicht, oder nicht nur durch solche Projekte statt, sondern sie findet durch uns alle statt. Ich durfte das Glück haben, mit einer chinesischen Familie, die auch zugezogen war, befreundet zu sein, und so diesen chinesischen Kollegen bei mir in der Familie aufzunehmen, und auch selber ins chinesische Alltagsleben eingeführt zu werden. Wir hatten auch ähnliche Projekte – es war halt ein freundschaftliches Projekt – wie es hier beschrieben worden ist. Wir haben miteinander abgemacht, wir haben miteinander geredet; das war am Anfang schwierig, aber es wurde nach und nach besser. Und ich finde, ein Blankoscheck ist nicht gerechtfertigt. Ich möchte allen ans Herz legen: Integration findet bei allen statt.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Als ich Cedric Roos zuhörte, hat es mich gedünkt, er rede eher für das Projekt. Denn gerade das, was Andreas Bammatter vorhin sagte, heisst ja: Mittagstisch, Einführung in unsere Kultur, Freundschaft als Brücke zur Sprache – das ist genau das, was dieses Projekt will. Wer mit Leuten arbeitet, sei das auf dem Bau oder, wie bei mir jetzt, in einer geschützten Werkstatt, weiss, dass die Sprache der Schlüssel ist zu allem. Ob jemand clever ist oder nicht, das ist dann noch etwas anderes. Aber clevere Leute, die die Sprache nicht haben, können nichts; und sobald sie über die Sprache zu mehr kommen, können sie durchaus auch gute, qualifizierte Arbeiter werden. In dem Sinne ist es nicht nur Prävention von Sozialhilfebezüglern, sondern auch Wirtschaftsförderung, diese 5'000 Franken. Und viel ist das wirklich nicht.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Budgetpostulat wird mit 20 Nein, bei 16 Ja und einer Enthaltung, abgelehnt.

389 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.6

Budgetpostulat CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589 Übrige Sozialhilfe / Geschäft 589-366.00 Beiträge an Private Haushalte, Geschäft 3802B.5

390 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.7

Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Barbara Selinger, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-366.00 Private Haushalte (Soziale Wohlfahrt), Geschäft 3802B.6

391 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.8

Budgetpostulat Grüne, Julia Gosteli, betreffend Laufende Rechnung, Pos. 589-366.00 Eigene Beiträge - private Haushalte – Winterzulage, Geschäft 3802B.7

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zu den nächsten Budgetpostulaten. Das sind jetzt drei gleichlautende Postulate betr. Sozialhilfe. Es geht um das Geschäft 589-366, Beiträge an private Haushalte. Sind Sie einverstanden, dass wir diese drei Budgetpostulate miteinander behandeln? – Gut.

In dem Fall gebe ich zuerst das Wort an Frau Mathilde Oppliger zum Budgetpostulat 3802B.5 gemäss Traktandenliste.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Leider ist es zurzeit so, dass es noch viele Leute gibt, ältere Menschen, die von der AHV und von Ergänzungsleistungen allein leben müssen; sie haben noch keine Pensionskasse. Für diese Leute ist diese kleine finanzielle Hilfe zu Weihnachten ein richtiger Glücksfall. Ich habe gerade letzthin mit einer Frau geredet, die sagte, sie freue sich jedes Jahr darauf, dass sie sich vielleicht irgendetwas kaufen könne, was sonst überhaupt nicht drinliegen würde. Es ist zu erwähnen, dass das Geld ja nicht mit der Gieskanne verteilt wird. Um in den Genuss des Weihnachtsgeldes und der Winterhilfe zu kommen, muss jährlich ein Gesuch an die Gemeinde gestellt werden, wobei die persönlichen Vermögensverhältnisse überprüft werden. Wenn wir den Betrag streichen würden, würden diese Menschen genau zur Weihnachtszeit hart getroffen. Darum bitte ich euch, zeigen wir doch unsere Solidarität den Mitmenschen, die doch einiges weniger haben als wir, und lehnen wir das Budgetpostulat ab.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Mathilde Oppliger, ich glaube, du hast dich falsch ausgedrückt...

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Entschuldigung, ich habe mich falsch ausgedrückt: Wir nehmen es an!

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: In diesem Sinne möchte ich auch meine Meinung dazu sagen. Ich bin auch Postulantin zu diesem Thema, und ich finde es toll, dass das kreuz und quer durch den Einwohnerratssaal zustande gekommen ist, und dass drei gleiche Postulate geschrieben wurden. Mir tut es weh, dass wieder einmal auf dem Rücken der Schwächsten und Ärmsten in Allschwil allen Ernstes über das „nice to have“ oder „must have“ diskutiert wird, und in einem Heimatmuseum jährlich bis zu hunderttausende von Franken verschwinden – ob das ein „nice to have“ oder ein „must have“ ist, sei dann noch dahingestellt. Wie gesagt, wir haben leicht darüber diskutieren, von uns hat niemand nichts oder zu wenig im Winter. Und dass man den Ärmsten von Allschwil – und das sind alles unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger – für den Klimawandel büssen lassen will, das finde ich eh nicht ganz recht. Und dann zu sagen, das sei nicht mehr zeitgemäss, gerade in der heutigen Zeit – wir wissen es, es kann jedem von uns passieren, dass wir in einer Woche nicht mehr in der Situation sind wie heute. Ich möchte einfach, dass man mein Postulat auch annimmt, und dass dieses Geld wieder ins Budget kommt.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich habe mein Postulat sehr ausführlich geschrieben. Ich möchte mich daher kurz halten. Ich denke da vorwiegend auch an „Working poor“-Menschen, die also regelmässig zu 100 % arbeiten gehen, eine Familie haben, und es reicht nicht. Und man hat im Winter tatsächlich grössere Ausgaben, und dann kann es doch nicht sein, dass im Dezember das Budget einfach nicht mehr reicht. Zudem ist es so, dass diese Gelder ja nicht einfach hinausgeworfen werden. Man muss den Antrag stellen, und das wird seriös überprüft. Ich bin also für die Annahme dieses Budgetpostulats.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Ich mache es ganz kurz. Es war ein Einwohnerratsbeschluss, der am 18.02.1981 gefällt wurde, dass man diese Auszahlungen vornimmt. Dann wurde der Beitrag einmal angepasst am 04.02.2004. Und am 12.12.1990 hatte man die Kriterien angepasst, also das heisst, man hat es schwieriger gemacht, an diese Beträge heranzukommen. Das war letztes Jahr schon ein Diskussionsthema und auch vorletztes Jahr, ob das noch gerechtfertigt sei, dass man das auszahlt. Die umliegenden Gemeinden kennen das alle in dieser Form nicht, und jetzt liegt es am Einwohnerrat, politisch zu untermauern, ob man das zahlen will, oder ob man es nicht mehr auszahlen will.

Felix Keller, Präsident: Die Diskussion ist offen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Wir haben diese Postulate natürlich auch genau angeschaut und haben uns wirklich Gedanken gemacht: Ist das richtig, wie es jetzt gehandhabt wird? Aber wir denken, dass es richtig ist, was der Gemeinderat macht und wie er es begründet. Wir haben ein gutes Sozialwesen. Wir werden die Postulate ablehnen.

Susanne Studer, SVP-Fraktion: Es ist begrüßenswert, dass der Gemeinderat sparen will. Dass das aber jetzt bei der Winterhilfe passiert, ist unverständlich. Der Staat gibt den Banken Geld, und schon bald auch den Unternehmern. Aber bei den Einkommensschwachen, die auch noch die kalte Progression trifft, soll jetzt der Sparhebel angesetzt werden. Schlussendlich wird trotzdem Geld verteilt, einfach über den Weg der Sozialhilfebehörde. Das gibt einen unnötigen Mehraufwand und löst viel Kopfschütteln aus. Die SVP ist für die Weiterführung der Winterhilfe.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe keine Angst um dieses Budgetpostulat. Die grössten Fraktionen stehen ja dahinter. Ich möchte nur sagen: Ich finde es sehr, sehr mühsam, wenn man jetzt schon seit zwei Jahren über dieses Thema diskutieren muss. Genau diesen Leuten hat man vor Jahren schon den Mietzinszuschuss weggenommen. Ich habe mich dort schon geärgert. Ausgerechnet auf dem Rücken dieser Leute, und ich finde es wirklich mühsam, dass man jetzt da mit diesen 140'000 Franken gekommen ist. Ich hoffe, wir diskutieren heute Abend das letzte Mal darüber.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich muss es, glaube ich, heute Abend nicht mehr sagen, dass ich die Haltung nicht vertreten kann, dass man auf Personen herumhackt, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben müssen. Ich habe mich noch erkundigt, es betrifft 250 Haushalte, die jährlich eine einmalige Unterstützung bekommen. Und das sind alles Personen, es wurde auch schon gesagt, die nicht bei der Sozialhilfe anhängig sind. Wenn Sie das ausrechnen, sind das 46 Franken pro Monat.

Felix Keller, Präsident. Die Rednerliste ist erschöpft. Ist der Rat einverstanden, dass wir über die drei Budgetpostulate gleichzeitig abstimmen? – Das ist der Fall.

://:

Die Budgetpostulate werden mit 32 Ja, bei 3 Nein und 2 Enthaltungen, überwiesen.

392 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.9
Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, Jürg Gass, betreffend
Laufende Rechnung, Pos. 780-318.00 Dienstleistungen
und Honorare (Naturschutz), Geschäft 3802B.8

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Es freut mich, dass dies das einzige Postulat ist, das vom Gemeinderat angenommen wird. Es zeigt mir wieder, dass es eigentlich ein sehr brisantes Thema ist, und dass der Gemeinderat auch die ganze Situation mit dem Chemiemüll-Desaster dort hinten sehr ernst nimmt. Es haben mich schon mehrere Leute gefragt, ja was muss man denn jetzt noch abklären, es sind ja einige Expertisen schon gelaufen. Die Tiers-Expertise ist noch nicht ganz abgeschlossen von der Interpretation her; das soll aber dieses Jahr noch geschehen, soweit ich gehört habe. Was aber auch noch kommt, sind die ganzen Sanierungsprojekte, die vorgestellt werden sollen. Und da müssen wir natürlich sehr aufpassen, dass wir nicht einfach über den Tisch gezogen werden. Es kann natürlich nicht sein, dass man das denen allein überlässt. Da braucht es Experten, die das beurteilen können, was da gemacht wird. Es ist geologisch, es hat Sachen von der Chemie, die man wirklich sehr genau anschauen muss, und dafür braucht man einen Externen. Nun macht die Fireko eine Empfehlung, die ich sehr bedenklich finde, nämlich dass man da einfach 10'000 Franken streichen will. Da schiebt man sich gerade in einem Satz – und das innerhalb einer Kommission – ein Amt zu. Das ist doch etwas, was schlichtweg nicht möglich ist. Ich bin nicht gegen Herrn Nedim Ulusoy. Ich weiss nicht, wie gut er dort fundiert ist. Aber es kann doch nicht sein, dass einfach eine Kommission sagt, wir streichen da Geld und übergeben das einem, der bei uns ist. Dann hat die VPK in Zukunft sehr gute Zuwächse, weil er da auch eines nach dem anderen hin- und herschieben kann. Also das ist nicht so gedacht. Wenn Herr Ulusoy das wirklich machen will, dann müsste er sich einmal bei der Gemeinde vorstellen und sagen: Ich kann das auch machen. Und dann kann man das Geld vielleicht wirklich einsparen, ich weiss es nicht. Aber diese 15'000

Franken, das wissen wir, sind das untere Limit, das man vermutlich für einen Experten einsetzen kann. Wenn man weiss, was da an Zeit investiert werden muss, um das ganze Chemiemüllzeug dort hinten anzuschauen, dann ist das vermutlich ein Betrag, der nicht ganz reichen wird. Aber mehr werden wir sicher nicht bekommen, und darum bitte ich wirklich, überweist dieses Postulat; folgt hier auch dem Gemeinderat und nehmt bitte diesen Betrag an.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Das mit dem Thema Wasser mache schon lange ich. Der Gemeinderat ist für Überweisung dieses Budgetpostulats. Wir hatten im letzten Sommer die Präsentation dieser Tiers-Expertise. Wir gingen auf der einen Seite ziemlich enttäuscht hinaus, auf der anderen Seite höchst erfreut. Die Tiers-Expertise war, wenn ich das so sagen darf, sehr wenig überzeugend, auch für mich als Laie. Sie bekam dann aber auf der anderen Seite eine sehr glänzende Seite, indem im Juli 2008 von Novartis gesagt wurde, man werde im Le Letten totalsanieren. Damit war eigentlich die ganze Diskussion über die Tiers-Expertise abgeschlossen. Nun, was steht jetzt an? So ein Sanierungskonzept, das haben wir gesehen, ist natürlich unglaublich komplex und schwierig. Damit werden auch wieder eine Menge Fragen, auch bezüglich Begleitmassnahmen, auf uns zukommen. Wir werden das Sanierungskonzept auch vorgestellt bekommen und es kritisch hinterfragen müssen. Von dem her können wir dem Antrag von Jürg Gass folgen, insbesondere auch deshalb, weil aus unserer Sicht die Gemeinde damit ein richtiges Zeichen am richtigen Ort setzt.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Ich möchte da nur in eigener Sache etwas richtig stellen. Die ganze Sache mit mir, dass ich das beurteilen soll, war nicht mit mir abgesprochen. Es geht mir persönlich überhaupt nicht darum, da einen Auftrag hereinzuholen, daran habe ich überhaupt kein Interesse. Ich arbeite 80 %, bin zudem noch Vater, bin ausgelastet – also das ist ein Missverständnis, das jetzt da ein wenig im Raum steht. Was ich anbieten kann – ich arbeite im Amt für Umwelt und Energie – dass ich Kontakt herstellen könnte zu Abwasser- und Gewässerspezialisten. Wir haben ein Gewässerschutzlabor, da könnte sicher einmal jemand kommen und Stellung nehmen. Wir haben auch Kontakt zu privaten Institutionen. Also das wäre sicher so aufzufassen, dass wir das Gefühl hatten, der Betrag sei ein wenig hoch, dass man diese 15'000 Franken vielleicht nicht ausgeben müsste für einen externen Experten, sondern dass man es auch billiger haben könnte. Aber es war keinesfalls die Idee, dass irgendein Franken von den 15'000 zu mir fliessen sollte.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Es ist genau so, wie Herr Ulusoy das ausführt. Und Hans-Peter Tschui hat ja schon eingangs erklärt, dass wir in der Fireko wirklich nur 8 Tage Zeit hatten, um die Postulate überhaupt anzuschauen. Ich denke, heute würde das wieder anders aussehen. Wie Herr Ulusoy sagte, er hat Umwelt- und Naturwissenschaften studiert, er hat auch seine Beziehungen, er kennt Leute. Also in dem Sinn, wie er es sagte, wird es auch im Sinn der Fireko sein. Aber ich möchte jetzt eigentlich nicht für die Fireko sprechen.

Hans-Peter Tschui, Präsident Fireko: Bei der Fireko war das Postulat von der Sache her eigentlich unbestritten. Was uns ein wenig Mühe macht, sind eher ökonomische Überlegungen. Der Auftrag bestimmt die Mittel – und nicht umgekehrt. Also, wir sprechen hier einen Betrag – und wissen gar nicht so recht, was wir dafür bekommen. Das wollten wir damit zum Ausdruck bringen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion unterstützt das Budgetpostulat. Obwohl die Chemiefirmen versprochen haben, die Deponien zu sanieren, müssen wir sehr wachsam sein und die Entwicklung dieser Sanierung im Auge behalten. und da die ganze Sanierung eine sehr komplexe Sache sein wird, brauchen wir, wie Jürg Gass sagte, externe, fachlich kompetente Berater. Und ich glaube, der Gemeinderat verfügt über solche Leute und weiss, wem er diese Aufträge erteilen kann.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion geht sogar noch weiter als die Fireko, und zwar sind wir der Meinung, dass diese Sanierung sicher kommt – das ist so versprochen worden – dass wir also vorgängig gar kein Geld sprechen müssen, dass man dann aber allenfalls bei der Sanierung ein Auge drauf werfen muss, das ist klar. Und wir würden es sehr begrüßen, wenn wir Fachleute und Know-how, das wir hier drin haben, auch nutzen könnten.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Wir sind 37 Stimmberechtigte.

://:

Das Budgetpostulat wird mit 28 Ja, bei 8 Nein und einer Enthaltung, überwiesen.

393 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1.10

**Budgetpostulat CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger, betreffend
Laufende Rechnung, Pos. 942 Liegenschaften des
Finanzvermögens / 503.02 Mühlebachweg 41, Geschäft 3802B.9**

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich habe dieses Postulat, oder ein ähnliches, schon vor zwei Jahren zum gleichen Zweck eingereicht, und es wurde abgewiesen. Ich sehe jetzt aus den Erläuterungen des Gemeinderats, dass der Gemeinderat für die Beleuchtung in der Burestube 8'500 Franken budgetiert hat. Somit ist eigentlich mein Budgetpostulat erfüllt, und ich ziehe es zurück.

Felix Keller, Präsident: Dankeschön. Damit kommen wir früher zur Pause. Wir machen 20 Minuten Pause bis 10 nach 8.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS:

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Im Oktober gaben Sie mir den Auftrag, zwei Sätze SBB-Tageskarten, so genannte Gemeindetageskarten, zu beschaffen und in den Einwohnerdiensten und über die Homepage zum Verkauf anzubieten. Ich darf Sie informieren, dass wir diesen Auftrag umgesetzt haben. Ab 17. Januar stehen für jeden Tag je zwei Tageskarten zur Verfügung, und seit letztem Freitag ist dazu das Reservations-Tool aktiviert. Sie finden auf der Homepage www.allschwil.ch den Link. Sie können natürlich auch telefonisch oder direkt beim „AllService“ im Gemeindezentrum die Reservation vornehmen. Wir haben letzten Freitag in der Abo-Ausgabe des AWB erstmals informiert und werden das auch noch in der Grossausgabe vom Freitag dieser Woche nochmals tun. Der Verkauf, das darf ich berichten, ist gut gestartet. In den ersten fünf Tagen sind von den total 2 x 15 Tageskarten für den Monat Januar bereits 4 verkauft worden. Das Geld haben wir bereits im Sack. Weitere 8 sind reserviert. Und auch schon für den Monat Februar haben wir 2 Tageskarten verkauft und 3 weitere sind reserviert. Wir sind also zuversichtlich, dass wir, wenn es so weitergeht, die entsprechende Quote erfüllen können, so dass das Ganze kostentragend geführt werden kann. Das zum ersten.

Dann möchte ich Sie noch in einer zweiten Sache informieren. Meine Vorgängerin, Gemeinderätin Saskia Schärer, hat Sie in der Einwohnerratssitzung vom 16. Januar 2008 im Info-Fenster über die Änderungen bei der Gemeindepolizei informiert und gleichzeitig versprochen, dass der Gemeinderat im Herbst über die gemachten Erfahrungen informieren wird. Da nun ein Legislaturwechsel dazwischen liegt und der eine oder andere nicht weiss, wie es früher war, fasse ich gerade auch noch schnell zusammen, wie es vorher war und wie es jetzt ist. Bis zum letzten Jahr hatten wir vier Gemeindepolizisten. Jetzt sind es nur noch drei. Das ergab sich daraus, dass wir einen Gemeindepolizisten zum Hauptabteilungsleiter machten, wo wir ihn vollamtlich beschäftigen, so dass er der Gemeindepolizei nicht mehr zur Verfügung steht. Wir haben die Vakanz bewusst nicht ersetzt im Zusammenhang mit dieser Umstellung. Dies bedingte, dass wir die Bürozeiten reduzierten auf den Vormittag. Gleichzeitig wird, wenn keine Bürozeit ist und die Polizisten abwesend sind, das Telefon umgeleitet zum Empfang, und der wiederum kann dann die Polizisten telefonisch kontaktieren, und bei Bedarf kommen die Polizisten dann herein, so dass in

dringenden Fällen auch am Nachmittag jemand bedient werden kann. Von daher ist also die Bedienung während der Bürozeiten weiterhin abgedeckt. Die Patrouillentätigkeit tagsüber findet unverändert und in grossem Ausmass statt, das beschäftigt die Gemeindepolizisten zu mehr als 50 %. Die Änderungen betreffen die Patrouillentätigkeit am Abend, in der Nacht und am Wochenende. Da war die bisherige Regelung so, dass es eine Zweierpatrouille gab, die man aber nur an Wochenenden einsetzte; im Winterhalbjahr war dies einmal pro Monat, im Sommerhalbjahr zweimal pro Monat, wobei man einfach einen fixen Einsatz von 8 Uhr abends bis um 2 Uhr am Morgen einplante. Das hat man geändert und flexibilisiert, aber auch häufiger angesetzt. Also es gibt weiterhin eine Zweierpatrouille. Die kommt aber vier- bis fünfmal pro Monat zum Einsatz. Da beschränkt man sich aber nicht nur auf die Wochenenden, sondern die kann auch unter der Woche stattfinden. Da ist man auch bezüglich der Zeiten variabler. Das kann mal eine Patrouille am frühen Abend, am späten Abend oder in der Nacht sein; die „bösen Buben“ sollen ja nicht wissen, wann die Patrouillen unterwegs sind. Man hat also die Patrouillentätigkeit am Abend intensiviert. Geändert hat sich auch dies: Bisher hatten wir immer einen Gemeindepolizisten auf Pikett, und der ist dann, wenn eine Meldung über die Alarmzentrale einging, wenn also jemand auf 117 anrief, oder durch die Kantonspolizei aufgeboten worden und ging dann allein der betreffenden Sache nach. Davon wollte man wegkommen, denn ein Einsatz allein in der Nacht ist definitiv nicht mehr zeitgemäss. Wenn man die letzte Seite der Zeitung jeweils liest, kann man verstehen, dass es Sinn macht, wenn es im Minimum eine Zweierpatrouille ist. Aus diesem Grund werden konsequent nur noch Zweierpatrouillen eingesetzt. Für die Nacht nun kauft man diese Leistungen neu bei der Kantonspolizei ein, sprich: Wenn eine Meldung über die Alarmzentrale eingeht, dann geht eben nicht eine Gemeinde-, sondern eine Kantonspolizeipatrouille. Die wiederum stellt uns das dann in Rechnung. Es gibt eine klare Aufgabenteilung, was die Aufgaben der Kantonspolizei, und was Aufgaben der Gemeindepolizei sind. Und wenn die Kantonspolizei eine Leistung erbringt, die eigentlich die Gemeindepolizei machen müsste, dann wird uns das in Rechnung gestellt. Spannend an der Sache ist noch dies: Bisher haben die Personen, die, immer wochenweise abwechselnd, auf Pikett waren, gesamthaft 100 bis 120 Piketteinsätze pro Jahr geleistet. Wenn man das jetzt vergleicht: Bisher sind bei uns 7 Rapporte von der Kantonspolizei eingegangen. Wenn man das grosszügig aufrundet und annimmt, dass wir bis Ende Jahr bei 10 Rapporten sein werden, dann gibt das Kosten von etwa 2'600 Franken. Bisher haben wir Pikettzulagen gezahlt von 18'200 Franken. Nun fragen Sie sich: Wieso hat sich das so geändert? Diese Frage können wir Ihnen abschliessend auch nicht beantworten, man müsste sie weiterleiten an die Kantonspolizei. Was wir aber aus unserer Sicht berichten können, ist dies: Die Gemeindepolizei hatte sich darüber geärgert, dass sie in der Vergangenheit häufig auch für nichts aufgeboten wurde, oder dass unpräzise Angaben geliefert wurden darüber, wer etwas gemeldet hatte, wo etwas passiert war – und wenn man vor Ort war, fand man nichts vor, oder es war bereits nichts mehr aufzufinden. Wenn da eine Nachtruhestörung gemeldet wurde, und man kommt vor Ort und es sind keine Leute mehr da, die zurzeit gerade lärmern, dann kann man auch niemanden angehen. Warum gibt es jetzt plötzlich weniger Meldungen? Wir vermuten, dass das jetzt einfach bereits seriös abgeklärt wird zu dem Zeitpunkt, wo die Alarmmeldung eingeht. Also dass man sich, wenn jemand anruft, genau erkundigt, die Daten der anrufenden Person aufnimmt, zweitens genauer das Was, Wo und Wann abklärt. Offenbar kann man soundsoviele Sachen gerade telefonisch abschliessend klären, so dass gar keine Patrouille mehr ausrücken muss. Nur so können wir uns die massive Abnahme von Einsätzen erklären. Unter dem Strich: Es gelingt uns, mit 3 Gemeindepolizisten die gemeindepolizeilichen Aufgaben in Allschwil wahrzunehmen. Wir erreichen damit aber bereits auch die untere Grenze. Wenn wir eine Zweierpatrouille wollen, und wenn wir auch gewisse Bürozeiten haben wollen, dann kommen wir an die Grenze mit drei Leuten, von denen auch einmal jemand Ferien macht oder durch Krankheit ausfallen kann. Von daher: Mit drei Polizisten ist es machbar, aber damit haben wir auch die untere Grenze erreicht. Und der Wechsel vom Pikettdienst auf den Einkauf der Leistungen bei der Kantonspolizei war sinnvoll und rechnet sich. Damit komme ich also dem Versprechen nach, Sie darüber zu informieren, wie sich die Änderungen ausgewirkt haben.

Felix Keller, Präsident: Die vorhergehende Beratung über die Budgetpostulate, bzw. die teilweise Überweisung einzelner Budgetpostulate hat natürlich Kostenänderungen zur Folge im Voranschlag 2009, und Gemeinderätin Nicole Nüssli wird uns diese Veränderungen bekannt geben.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Ich teile gern mit, wie der aktuelle Stand des Budgets 2009 ist nach Gutheissung der verschiedenen Budgetpostulate. Wir haben jetzt einen Mehraufwand von Fr. 478'484, den wir voraussichtlich im nächsten Jahr erzielen werden.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zu Traktandum 1.2

Traktandum 1.2 Detailberatung

Felix Keller, Präsident: Es geht um das Büchlein, S. 19. Herr Armin Bieri wird die einzelnen Kapitel herunterlesen. Sie haben die Möglichkeit zur Wortmeldung.

[**Armin Bieri**, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Kapitel auf, **Ursula Pozivil**, 1. Vizepräsidentin, stellt die Wortmeldungen fest.]

S. 19, 0. Allgemeine Verwaltung
keine Wortmeldung

S. 21, 1. Öffentliche Sicherheit
keine Wortmeldung

S. 26, 2. Bildung
keine Wortmeldung

S. 32, 3. Kultur und Freizeit
keine Wortmeldung

S. 36, 4. Gesundheit
keine Wortmeldung

S. 37, 5. Soziale Wohlfahrt
keine Wortmeldung

S. 41, 6. Verkehr
keine Wortmeldung

S. 42, 7. Umwelt und Raumplanung
keine Wortmeldung

S. 48, 8. Volkswirtschaft
keine Wortmeldung

S. 50, 9. Finanzen und Steuern

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe eine Frage, und zwar bei den natürlichen Steuern: Hat jetzt da zur Budgetierung der natürlichen Steuern der Steuerbaum, den die Fireko einmal gefordert hat, erstellt und beigezogen werden können?

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Die Forderung der alten Fireko war ja, dass wir ein so genanntes Steuermonitoring aufbauen, d.h. dass wir abklären, wie sich unsere Steuereinnahmen zusammensetzen, beispielsweise wer wie viel Steuer zahlt; wer von denen, die diese Steuern zahlen, wie alt ist; wer wie viele Kinder hat etc., also eine Zusammenstellung all dieser Detailzahlen. Wir hatten das vor. Leider war es noch nicht termingerecht möglich. Wir hatten eigentlich vor, diese Auswertungen im 4. Quartal 2008 machen und präsentieren zu können. Da sind wir leider noch nicht ganz soweit. Es gab Probleme mit der EDV. Wir wollten das zuerst mit einem anderen System machen, das wäre jedoch zu teuer gewesen. Dann mussten wir eine billigere Variante ins Auge fassen, und dadurch hat es sich leider etwas verzögert. Wir hoffen jetzt, dass wir es im 2009 werden fertig stellen

können. Ein Teil konnte schon gemacht werden, aber da hat man noch Unstimmigkeiten festgestellt, und darum ist es wie gesagt noch nicht ganz soweit.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Diese Antwort, Nicole Nüssli, haben wir jetzt schon jahrelang bekommen, und ich hoffe jetzt auf 2010, dass es dann wirklich klappt. Nehmt das bitte an die Hand.

S. 55, Investitionsrechnung,
0. Allgemeine Verwaltung
keine Wortmeldung

S. 55, 1. Öffentliche Sicherheit

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Unter der Nr. 140-506 haben wir da ja 35'000 Franken für die Feuerwehr. Ist das richtig, dass diese Fr. 35'000 für diesen Hubstapler sind? Oder soll ich damit erst bei S. 58 kommen bei diesem Hochregalstapler, der dort auch mit 35'000 Franken beschrieben ist. Ist es richtig, dass der in Zusammenhang mit dem Feuerwehrmagazin steht, und nicht fürs Ausrücken der Feuerwehr bestimmt ist? Wenn das so ist – und das nehme ich an – warum hat man das nicht gerade auch in das Budget für das Feuerwehrmagazin hineingenommen? Da waren wir ja schon knapp an 3 Millionen. Jetzt sind es 2'960'000, plus diese 35'000, da sind wir dann bei 3 Millionen, und dann muss ich sagen, wäre es vielleicht schon etwas knapper geworden.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Beim Hochregalstapler handelt es sich um Fahrnis und nicht eigentlich um das Feuerwehrmagazin.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Das ist eine Mobilität, nicht eine Immobilie, ja. Aber es ist nicht für das Ausrücken der Feuerwehr, sondern es ist in direktestem Zusammenhang mit dem Material im Magazin, sonst können die ja das Material nicht von oben herunter holen. Ich hätte doch angeregt, dass man zukünftig, wenn man so ein Projekt plant, solche Extras, auch wenn sie Mobilitäten sind, auch gerade in den Voranschlag hineinnimmt und es nicht nachträglich noch einführt.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Ja, ich denke schon, dass es so ist. Es ist natürlich schwierig, wenn man solche Mobilitäten mitberücksichtigen würde, wenn es um Immobilien geht. Da stellt sich ja die Frage: Wo hört es dann auf? Ich habe gerade von Toni Lauber gehört: Dann müssen wir am Schluss die Vorhänge auch noch hineinnehmen. – Und wir schreiben das ja auch nicht alles zusammen aus.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte einfach sagen, ich habe festgestellt, dass es im direktesten Zusammenhang ist, und so wäre es fair gewesen, wenn man es gerade hineingenommen hätte. Denn das ist doch ein heisses Thema gewesen. Ich habe keine Frage. Es war nur eine Anmerkung.

S. 55, 2. Bildung
keine Wortmeldung

S. 56, 3. Kultur und Freizeit
keine Wortmeldung

S. 56, 4. Gesundheit
keine Wortmeldung

S. 56, 5. Soziale Wohlfahrt
keine Wortmeldung

S. 56., 6. Verkehr
keine Wortmeldung

S. 57, 7. Umwelt- und Raumplanung

keine Wortmeldung

S. 57, 9. Finanzen und Steuern

keine Wortmeldung

Felix Keller, Präsident: Damit sind wir am Schluss der Beratung zum Vorschlag 2009. Bevor wir zur Abstimmung kommen über die Anträge des Gemeinderates auf S. 11, hat der Präsident der Fireko noch die Möglichkeit, das Schlusswort zu ergreifen. – Das ist nicht gewünscht. Frau Nicole Nüssli, haben Sie noch ein Schlusswort? [Verneint] Damit kommen wir zu den Abstimmungen. S. 11 des Voranschlags 2009

Antrag 1: Der Voranschlag 2009 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt

:::

Dem Antrag wird mit 34 Ja, bei einer Enthaltung, zugestimmt.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur Festsetzung der Gemeindesteuer 2009

Antrag 2: Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen wird unverändert auf 58 % der Staatssteuer festgelegt.

:::

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Antrag 3: Die Steuersätze für die juristischen Personen werden unverändert wie folgt festgelegt:
a) Kapitalgesellschaften, Genossenschaften: Ertrag 5 %, Kapital 3,5 %;
b) Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen: Ertrag: 58 % der Staatssteuer, Kapital 3,5 %,
c) Holdinggesellschaften: Liegenschaftsnettoertrag 58 % der Staatssteuer, von ausländischen Quellen besteuertes Einkommen 5 %, Kapital 0,1 %, mindestens Fr. 100.00,
d) Domizilgesellschaften: Kapital 0,5 %, mindestens Fr. 100.00

:::

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antrag 4: Die Feuerwehersatzabgabe beträgt für natürliche Personen unverändert 6 % der Gemeindesteuer.

:::

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Felix Keller, Präsident: Damit ist das Geschäft 3802 / A, B, C abgeschlossen. Es gibt eine Schlussabstimmung gemäss Geschäftsreglement § 76.

:::

Einstimmig

Traktandum 2
Bericht des Gemeinderates vom 24. September 2008 und der
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17. November 2008
zur Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über
die Jahre 2009-2013, Geschäft 3803 / A

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Es freut mich sehr, Ihnen auch den Finanzplan 2009 bis 2013 präsentieren zu können. Erlauben Sie mir zuerst zwei, drei Ausführungen zu den Unterlagen, die Sie in Vorbereitung für die heutige Sitzung bekommen haben. Sie haben gesehen, dass die Unterlagen etwas anders sind, als wie man sie Ihnen in den letzten Jahren ausgehändigt hat. Der Grund liegt einerseits darin, dass wir mit dem bisherigen Tool der Talus Informatik AG gewisse technische Schwierigkeiten hatten. Das hat dann dazu geführt, dass Finanzverwalter Dieter Pfister die ganze Finanzplanung auf neue Füsse gestellt hat. Andererseits hoffen wir aber auch, dass wir mit den neuen Unterlagen und Zahlenauswertungen eine höhere Nachvollziehbarkeit erreichen und vor allem eine höhere Transparenz schaffen können. Auf der anderen Seite war es dem Gemeinderat auch wichtig, ein neues Tool zu bekommen, damit wir in Zukunft mehr finanzielle Simulationen machen können. Das heisst, wenn sich Prognosen oder Veränderungen ergeben, dass wir dann die Zahlen einfach einsetzen und dann sehen können: Wohin geht eigentlich unsere Fahrt. Ich sagte vorhin schon bei den Ausführungen zum Budget 2009, dass die Ausgangslage des Finanzplans 2009 bis 2013 der vorhergehende Finanzplan war, den ich Ihnen im Dezember 2007 präsentieren durfte. Der Gemeinderat hatte mit dem damaligen Finanzplan verschiedene Massnahmen angekündigt, von denen ich mit Freude sagen darf, wir haben diese Massnahmen erreicht, resp. sie auch ausgeführt. Der Gemeinderat hat also verschiedene Einsparungen im Budget 2009 eruiert und Ihnen auch vorgeschlagen. Leider sind die jetzt teilweise durch die Budgetpostulate, die Sie gutgeheissen haben, wieder zunichte gemacht worden. Aber das ist jetzt so. Dann hatten wir die Idee, dass wir den Finanzplan 2009 bis 2013 der Fireko zeitgleich mit dem Budget 2009 zustellen können. Das haben wir dann effektiv gemacht, und ich denke, das war auch eine Arbeitserleichterung für die Fireko. Mit dem neuen Finanzplanungstool und der Beurteilung der Investitionsvorhaben auf einer grösseren Zeitspanne, und vor allem auch weil wir dort die ganze Priorisierung und vor allem neue Kriterien eingeführt haben, hoffen wir, die nötige Transparenz geschaffen zu haben, damit Sie den Überblick effektiv behalten können.

Die Ausgangslage noch ganz kurz. Es ist eigentlich etwas, das wir schon immer hatten, aber wir haben jetzt die Definition dieser Priorisierungsstufen 1 – 4 inhaltlich etwas verfeinert, aber in den Grundzügen haben wir daran festgehalten. Wesentlich für Sie ist, dass im ganzen Investitionsprogramm nur Priorisierungsstufen 1 – 3 berücksichtigt sind. Ich habe es vorhin schon angesprochen: Der Gemeinderat hat Kriterien – insgesamt sind es elf Kriterien, Sie sehen es hier auf der Folie – geschaffen und jedes Investitionsvorhaben anhand dieser Kriterien beurteilt. Jedes dieser Kriterien bekam dann eine Skala von 1 – 10, wodurch wir dann am Schluss quasi eine Rangliste bekamen und dann klar sehen konnten: dieses oder jenes Investitionsvorhaben hat nun Priorisierungsstufe 1, 2, 3 oder 4.

Was waren nun unsere Annahmen bei der Erarbeitung dieses Finanzplans? Basis war einerseits sicher das Budget 2009. Auf der anderen Seite haben wir einen Steuerfuss von 58 % über die ganzen vier Jahre vorgeschrieben. Die Steuersätze für juristische Personen, Sie sehen es, sind Ertragssteuer 5 %, Kapitalsteuer 3,5 ‰ bis 2010, und erst ab 2011 sind wir dann auf diese 2,75 ‰ heruntergefahren. Also wir haben im Prinzip die ganze Übergangsphase ausgeschöpft. Ursprünglich einmal hatten wir schon ab 2009 mit der Kapitalsteuer herunterfahren wollen, haben aber dann gesehen, dass wir das aufgrund der finanziellen Situation nicht können. Die Teuerung für die Planjahre, sehen Sie, ist mit 1,25 % angenommen. Und beim Personalaufwand sind wir von einem Stufenanstieg von 1,25 % ausgegangen. Den Zinssatz für die Beschaffung von Fremdkapital haben wir mit 3 % angenommen. Ich darf hier sagen, wir konnten in letzter Zeit Fremdkapital beschaffen, das unter diesen 3 % liegt. Aber wie gesagt, das weiss man nicht genau, wie sich das alles entwickeln wird. Erfreulich ist es auf jeden Fall. Weiter haben wir Korrekturen vorgenommen gegenüber dem Budget 2008, damit wir auf einem aktuelleren Stand sind. Ich habe das vorhin schon angesprochen bei der Präsentation des Budgets 2009. Man sieht da, wir haben einen Buchgewinn von 1.45 Millionen Franken aus der Veräusserung von Finanzvermögen. Das ist ein Grundstück „In den Vogelgärten“, das wir 2008 verkaufen konnten und die Einnahme verbuchen. Dann rechnen wir mit höheren Steuereinnahmen gegenüber dem Budget 2008 von 0.3 Millionen, wir rechnen mit höheren EL – Ergänzungsleistungsbeiträgen und Beiträgen an Sonderschulung, und, wie gesagt, die effektivem Nettoinvestitionen betragen im Jah 2008 lediglich 1.75 Millionen, und nicht, wie wir

das ursprünglich im Budget 2008 vorgesehen hatten, 3.5 Millionen. Wenn man das in einer so genannten groben Hochrechnung anschaut, dann sieht man, dass wir am Schluss mit dem Abschluss 2008 einen Mehrertrag von 1.5 Millionen Franken erreichen werden und nicht den budgetierten Mehraufwand von rund 18'000 Franken.

Dann haben wir Korrekturen angebracht zur Planperiode 2010 bis 2013. Da ist einerseits die ganze Sache mit der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, die uns jedes Jahr Einsparungen von 2 Millionen Franken bringen soll. Das ist wohl noch nicht ganz abgesehen, aber es ist davon auszugehen – oder wir hoffen es zumindest, und es wäre für uns sehr erfreulich – dass das so durchgeht. Dann gehen wir davon aus, dass wir bei der Tagesschule auf Primarstufe ab dem 2. Semester 2010 mit einem zusätzlichen Nettoaufwand von rund 300'000 Franken rechnen müssen, dies dann während der ganzen Planperiode. Aber da ist die Entscheidung noch ausstehend; wir haben jetzt einfach einmal damit gerechnet. Dann rechnen wir damit, dass wir im Zusammenhang mit der ganzen Verlustscheinbewirtschaftung während der Planperiode rund 200'000 Franken zusätzliche Erträge werden einfahren können. Das würde dann für die Planperiode zu folgender Aufwandsentwicklung führen – sie sehen es an den farblich angelegten Spalten: wie hoch der Personalaufwand ist, wie hoch der Sachaufwand ist in dieser ganzen Zeit. Wichtig für Sie ist: Es gibt keine extremen Ausreisser in dieser Entwicklung; und durch die hohen Investitionen werden die Abschreibungen und Zinsen etwas stärker steigen als die übrigen Aufwandsarten.

Zur Steuerentwicklung: Wir gehen von einer leichten Zunahme aus – aber wirklich nur von einer leichten. Da ist natürlich der grosse, grosse Unsicherheitsfaktor Finanzkrise, Rezession – wir wissen alle nicht, was uns in Zukunft effektiv erwartet. Und vor allem können wir heute keine abschliessende Abschätzung geben. Wir rechnen jetzt einmal, wie gesagt, damit, dass es eine geringe Steigerung geben wird, in der gleichen Grössenordnung wie die Teuerung über die ganze Planperiode.

Der Selbstfinanzierungsgrad, Sie sehen das, ist im Jahr 2008 enorm hoch – eben aufgrund des hochgerechneten Mehrertrags von 1.5 Millionen und der effektiv nur tiefen Nettoinvestitionen. Hingegen kommt er im Jahr 2009 wieder herunter auf unter 60 %. Er steigt dann zwar wieder an, wird aber über die ganze Planperiode nie die 100 % erreichen, die wir uns intern im Gemeinderat als Ziel gesetzt haben. Vielleicht einfach nur nochmals zur Erinnerung: Alles, was unter diesen 100 % Selbstfinanzierungsgrad ist, bedeutet eine Zunahme der Fremdverschuldung. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Und deshalb, weil wir einfach diese Thematik haben, dass wir mit dem Selbstfinanzierungsgrad nie auf diese 100 % kommen, hat der Gemeinderat geprüft, ob für die Finanzierung wenigstens eines Anteils des Investitionsvolumens Mittel aus dem Finanzvermögen verwendet werden können. Das so genannte Tafelsilber ist halt einmal mehr ein Thema im Gemeinderat geworden. Der Gemeinderat hat sich jetzt gesagt, wir definieren eine Immobilienstrategie. Das heisst, wir schauen uns zuerst einmal an, welche Grundstücke wir effektiv haben, welchen Wert haben diese Grundstücke, wo gibt es welche Möglichkeiten, welche Grundstücke brauchen wir für die zukünftige Entwicklung, welche brauchen wir vielleicht nicht, wie würde es aussehen, wenn wir beim einen oder anderen Grundstück eine Veräusserung ins Auge fassen könnten? Das alles ist aber noch keine definierte Sache; das war auch im Gemeinderat kein einfaches Thema. Aber ich denke, aufgrund unserer Situation müssen wir eine Lösung finden, damit wir die finanzielle Entwicklung in den Griff bekommen.

Anhand dieser Folie sehen Sie wieder, wie ich das auch schon beim Budget 2009 gezeigt habe, die verschiedenen Kurven zum Ertrags-Aufwand-Überschuss, zu Nettoinvestitionen, Selbstfinanzierung, Eigenkapital. Sie sehen im jeweils grünen Teil: Dort sind die Nettoinvestitionen tiefer als die Selbstfinanzierung, d.h. dort haben wir einen Schuldenabbau. Dort ist ein Schuldenabbau möglich, weil effektiv die Nettoinvestitionen tiefer sind als die Selbstfinanzierung. Und überall, wo die Selbstfinanzierung unterhalb der Nettoinvestitionen ist, nehmen die Schulden leider zu, weil wir effektiv nicht alles aus eigenen Mitteln finanzieren können. Man sieht auch da, dass halt über die ganzen Jahre die Verschuldung jährlich um knapp 2 Millionen zunimmt, wenn sich die Entwicklung so gestaltet, wie wir das vorsehen. Die Nettoverschuldung pro Einwohner, Sie sehen das hier auch, steigt am Schluss auf knapp 1'900 Franken pro Einwohner. Das ist noch kein alarmierender Wert, aber jeder Franken, der am Ende als Nettoschuld resultiert, ist halt einer zuviel, weil wir das ja auch wieder zahlen müssen.

Jetzt zu den Spezialfinanzierungen. Ich habe hier nur wenige Folien, weil das immer ein ganz schwieriger Teil ist. Aber wichtig ist für Sie einfach zu sehen, jetzt zum Beispiel bei der Wasserversorgung: Wir haben im Jahr 2007 noch einen Bilanzfehlbetrag. Wir haben eine Nettoschuld – der rote Teil – und das Grüne ist das Verwaltungsvermögen. Weil die Nettoschuld höher ist als das Verwaltungsvermögen am Anfang der Planperiode, haben wir einen Bilanzfehlbetrag. Das Verwaltungsvermögen steigt über die Jahre, wenn es so läuft, wie wir das planen, so dass wir am Schluss Eigenkapital aufbauen können. Sie sehen, das ist einfach die Differenz zwischen den beiden Balken Verwaltungsvermögen und Nettoschuld.

Bei der Abwasserbeseitigung sieht es ein wenig anders aus. Hier haben wir ein Nettovermögen – das ist der blaue Balken – und der grüne Balken ist das Verwaltungsvermögen. Das Eigenkapital entspricht jeweils beiden Balken zusammen. Das heisst, wir haben am Anfang ein wenig eine Steigerung des Eigenkapitals, am Schluss ist es noch bei 5.8 Millionen. Ich denke, das lässt sich vertreten; das ist auch die Finanzstrategie, die der Gemeinderat ins Auge gefasst hat, dass das Eigenkapital kontinuierlich abgebaut werden soll.

Bei der Abfallbeseitigung sieht es gleich aus wie vorher bei der Abwasserbeseitigung. Wir haben auch ein Nettovermögen, und auf der anderen Seite das Verwaltungsvermögen. Und das Eigenkapital sind wieder beide Balken zusammen. Am Schluss haben wir ein Eigenkapital, das sich auf rund 600'000 Franken beziffert, und ich denke, auch das ist gerechtfertigt.

Ein Ausblick noch, ich habe es vielleicht noch nicht so ganz deutlich gesagt: Wir haben immer noch wesentliche Unsicherheitsfaktoren. Das heisst, die ganze Neugestaltung des Finanzausgleichs ist noch nicht sicher, die Tagesschule auf Primarschule ist auch noch nicht beschlossen. Dann das vielleicht schwierigste Problem überhaupt, das sich dem Gemeinderat beim Aufstellen des Finanzplanes stellt, ist die ganze Angelegenheit mit der Finanzkrise; da können wir Ihnen wirklich nicht sagen, wohin das Schiff fahren wird. Das heisst, die angespannte Finanzlage unserer Gemeinde bleibt eine Realität. Wir haben das ja auch gesehen bei der Diskussion um das Budget 2009. Es liegt nicht mehr viel Sparpotenzial drin. Das, was wir gefunden haben, so meint der Gemeinderat, ist richtig. Ein Teil ist jetzt, wie gesagt, wieder revidiert worden. Das ist aber Ihre Angelegenheit. Wichtig ist, wie gesagt, die Finanzlage bleibt angespannt. Das heisst, geplante Investitionen können nicht vollständig mit den erwirtschafteten Mitteln finanziert werden, so dass wir eben zu dieser Immobilienstrategie übergegangen sind. Und das heisst wiederum: kritische Überprüfung sämtlicher Investitionsvorhaben. Dass da keine neuen Aufwendungen Platz haben, ist klar.

Ich bitte Sie jetzt, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen, und habe vorerst geschlossen.

Hans-Peter Tschui, Präsident der Fireko: „Planer und Prognostiker sind Leute, die in lichten Momenten düstere Ahnungen haben“. Das habe ich mir bei Tennessee Williams ausgeliehen. Für düstere Ahnungen braucht es zurzeit weder lichte Momente noch gescheite Prognostiker. Klug verhält sich, wer in Zeiten der Unsicherheit sich nicht von Endzeitstimmung anstecken lässt. Klug verhält sich, wer sich an die Tatsache erinnert, dass Krisen nicht nur Bedrohungen darstellen, sondern immer auch Chancen. Das Leidige an der aktuellen Krise ist einmal mehr die Tatsache, dass der Staat und die unbeteiligten Steuerzahler und Arbeitnehmer Exzesse und Fehlentwicklungen korrigieren müssen. In der Auseinandersetzung mit der Zukunft ist Angst aber ein schlechter Ratgeber. Zukunft hat man nicht; Zukunft schafft man sich. Mit strukturiertem Vorgehen erwartbare und denkbare Entwicklungen antizipieren – für die Planung der Nachfolge, der Vorsorge, des Geschäfts, der Besiedelung, der Finanzen. Allen gemeinsam und von entscheidender Bedeutung sind Annahmen und Prognosen als Grundlage zur Herleitung und Berechnung von Planungswerten. Im Gegensatz zu früher ist die Zukunft je länger, desto weniger aus der Vergangenheit ableitbar. Wer die Zukunft plant, muss sich mit sprunghaften, ja, chaotischen Entwicklungen und mit Risiken auseinandersetzen. Wer hätte zur Mitte dieses Jahres die Prognose gewagt, dass der Rohölpreis innert 5 Monaten von 150 auf unter 50 Dollar herunterkommt. Gestern hat er mit 42 Dollar notiert. Noch vor kurzer Zeit haben renommierte Auguren ein Durchschlagen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft ausgeschlossen, unsere Wirtschaftsministerin in Bern eingeschlossen. Aktuell gehen wir für die Schweiz von einem Nullwachstum in 2009 aus. Gott sei Dank sind wir hier in der Region noch ein wenig besser dran.

Die im vorliegenden Finanzplan vom Gemeinderat zugrunde gelegten Annahmen und Prognosen stellen nach Ansicht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission eine solide Basis dar. Die Finanzplanung wird – und das ist wichtig – als kontinuierlicher Prozess verstanden. Die erhöhten Risiken für Fehlprognosen sind erkannt, und geeignete Hilfsmittel zur Früherkennung kritischer Entwicklungen stehen zur Verfügung. Deshalb stützt die Kommission den vorgelegten Finanzplan und empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, ihn zur Kenntnis zu nehmen. Diese Empfehlung verbindet die Fireko allerdings mit dem Wunsch an den Gemeinderat, künftig auch die von der Kommission im Bericht aufgeworfenen Überlegungen und Ideen mit einzubeziehen. Schwerpunkte dabei sind eine Neuausrichtung der finanzpolitischen Zielsetzung. Sonst droht ein Bänderriss beim Spagat zwischen Eigenkapitalbildung, Schuldenabbau und Investitionen, die ohne substanzielle Haushaltsüberschüsse getätigt werden. Substanzielle Haushaltsüberschüsse sind nur möglich mit Steuererhöhungen oder rigiden Ausgabenkürzungen.

Der zweite Punkt betrifft die Grenzen der Schuldfähigkeit. Wir haben vorhin gesehen, ein Gradmesser der Verschuldung ist die Nettoverschuldung pro Einwohner. Wir schauen das in der Kommission auch noch von einem anderen Punkt aus an: weil Steuerbelastung und Verschuldung die Standortqualität genau so beeinflussen wie andere Parameter. Nehmen wir einmal den Zinsendienst für 50 Millionen bei 3 Prozent, das sind 1.5 Millionen im Jahr, oder pro Tag 5'000 Franken Fixkosten. Wenn wir das um 10 Millionen erhöhen mit der Realisierung und Umsetzung dieses Investitionsprogramms, dann sind wir bei 60 Millionen, das sind 6'000 Franken pro Tag. Es gibt auch noch andere Betrachtungswinkel im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage: Wo liegt die Grenze der Schuldfähigkeit?

Der dritte Punkt betrifft die Eventualplanungen, Eventualplanung für Stress-Szenarien, also Ausfallszenarien oder Veränderungen, die das Budget dramatisch in Frage stellen könnten. Solche Planungen sind in jedem Fall besser, als in der Krise dann kurzfristig auf Sachzwänge reagieren zu müssen – besser für die Sache und besser für die Kasse.

Der nächste Punkt betrifft Auftrags- und Aufgabenüberprüfung. Wir wissen, dass der Gemeinderat und die Verwaltung sich das zu einer permanenten Aufgabe gemacht haben. Wir verstehen darunter aber auch neue Geschäftsmodelle. Neue Geschäftsmodelle im Zusammenhang mit der IT-Bewirtschaftung, mit IT-Investitionen, oder mit der Beschaffung und dem Vertrieb von mobilem Verwaltungsvermögen. Wir haben im Bericht ausführlich darauf hingewiesen.

Und der letzte Punkt betrifft die Investitions- und Portfolio-Analyse. Der Gemeinderat hat erkennen lassen, auch in der Finanzplanung, dass er mit einer konsequenten Risiko- und Nutzwertanalyse der Investitionen klare Prioritäten für die Investitionen setzen kann. Wir meinen das aber auch in Abwägung der Verwertung von Finanzvermögen, von Immobilien, der Bewirtschaftung von Immobilien im Finanzvermögen, Finanzierungsoptionen wie Verkauf von Objekten im Finanzvermögen.

Die Kommission würde sich freuen, wenn diese Anregungen vom Gemeinderat als konstruktiver Beitrag entgegengenommen werden würden.

Felix Keller, Präsident: Bei diesem Geschäft gibt es keine Eintretensdebatte. Daher ist die Diskussion jetzt sofort eröffnet. Ich bitte um Wortmeldungen aus dem Rat.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Mir ist bei diesem Finanzplan vor allem in Auge gestochen, dass die Verschuldung nicht vermindert werden kann, sondern eher noch zunimmt. Wir haben uns schon vor einem Jahr gesagt, dass wir darauf vermehrt ein Auge werfen müssen, wie das in Zukunft weitergehen soll. Ich sagte heute schon beim Budget, dass es mich sehr gefreut hat zu vernehmen, dass der Gemeinderat alles daran setzt, um zu sehen, wo man noch einsparen könnte, indem eben die Rechnung 2007 nochmals durchgeackert wurde. Ich möchte den Gemeinderat einladen, diesen Kurs weiterzuverfolgen, um die Finanzen wirklich im Griff zu behalten, und vor allem zu sehen, wie man langfristig die Verschuldung abbauen kann.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Wir von der SP/EVP-Fraktion freuen uns über dieses Tool, das uns erstmals so vorliegt. Der Finanzplan sei anscheinend noch nie in dieser Klarheit und Strukturiertheit wie jetzt vorgelegen. Wir freuen uns auch darüber, wenn man an diesen Parametern herumschrauben kann, um eben zu sehen, wie man die Finanzsituation ein wenig besser in den Griff bekommt. Darauf sind wir gespannt. Ich belasse es im Moment dabei.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe eine Frage zu Seite 3, „Buchgewinne“, im oberen Abteil, Jahr 2008: Diese 1'448'000 Franken, betrifft das die Parzelle Vogelgärten, die Herr Lauber vorhin schon erwähnte?

Felix Keller, Präsident: Herr Kneier, wir kommen nachher noch zur abschnittswisen Detailberatung. Gibt es noch etwas Allgemeines zum Finanzplan? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung der einzelnen Abschnitte.

[**Armin Bieri**, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Kapitel auf, **Ursula Pozivil**, 1. Vizepräsidentin, stellt die Wortmeldungen fest.]

1. Rechnungsgrundlage, S. 3

keine Wortmeldung

2. Finanzplan 2009 – 2013

2.1.1. Finanzstrategie

keine Wortmeldung

2.1.2. laufende Rechnung

keine Wortmeldung

2.1.3. Investitionen / Verwaltungsvermögen

keine Wortmeldung

2.1.4. Entwicklung Eigenkapital / Selbstfinanzierung

keine Wortmeldung

2.2. Spezialfinanzierung Wasserversorgung

2.2.1. Finanzstrategie

keine Wortmeldung

2.2.2. Laufende Rechnung

keine Wortmeldung

2.2.3. Investitionen / Verwaltungsvermögen

keine Wortmeldung

2.2.4. Entwicklung Eigenkapital / Selbstfinanzierung

keine Wortmeldung

2.3. Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung

2.3.1. Finanzstrategie

keine Wortmeldung

2.3.2. Laufende Rechnung

keine Wortmeldung

2.3.3. Investitionen / Verwaltungsvermögen

keine Wortmeldung

2.3.4. Entwicklung Eigenkapital / Selbstfinanzierung

keine Wortmeldung

2.4. Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung

2.4.1. Finanzstrategie

keine Wortmeldung

2.4.2. Laufende Rechnung

keine Wortmeldung

2.4.3. Investitionen / Verwaltungsvermögen

keine Wortmeldung

2.4.4. Entwicklung Eigenkapital / Selbstfinanzierung

keine Wortmeldung

3. Zielerreichung / Schlussfolgerungen

keine Wortmeldung

4. Antrag

Felix Keller, Präsident: Herr Kurt Kneier hat noch eine Antwort zugute auf seine vorherige Frage.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Ich habe sie ihm schon zugezwinkert und hatte sie vorhin, glaube ich, schon laut und deutlich gesagt: Ja, es ist „In den Vogelgärten“.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Es geht mir nicht darum. Sondern ich sage jetzt: Fünftens, und zwar meine ich dieses Papier da, auf Seite 3. Ich ziehe die Schlussfolgerung: Wenn das im Jahr 2008 diese Parzelle ist, die verkauft wurde, dann sind im Finanzplan keine weiteren Buchgewinne vorgesehen. Es hatte aber meiner Meinung nach auf der Folie 10 – oder ich habe nicht genau geschaut, als Sie sie zeigten – trotzdem auf der Einnahmenseite einen Buchgewinn. – Vielleicht habe ich mich aber auch getäuscht.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Ja, das ist eben ein wenig verwirrend. Das habe ich mit Herrn Pfister auch schon diskutiert. Das Rote ist nur ein *Deckeli*...

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Also in 2008 ist es kein *Deckeli*, aber später dann schon...

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Ja, dort ist es eben ein „*dickes Deckeli*“, und im anderen Fall keines mehr. Wir haben es zusammen angeschaut, aber...

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Okay, ich habe kein Problem damit. Wenn es allen klar ist, dann ist es gut.

Felix Keller, Präsident: Gibt es noch Fragen zu den Beilagen? Es hat ja vier Beilagen, einerseits den eigentlichen Finanzplan, und dann noch die Spezialfinanzierungen Abfallbeseitigung, Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung. Gibt es dazu noch Fragen? Das ist nicht der Fall. Bevor wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates kommen, hätte Herr Tschui noch die Möglichkeit für ein Schlusswort. – Das ist nicht gewünscht. Nicole Nüssli noch ein Schlusswort? – Ebenfalls nicht gewünscht. Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates auf S. 11 ab.

Von dem Finanzplan der Einwohnergemeinde, sowie den Finanzplänen der Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung wird Kenntnis genommen.

:::
Einstimmig

Felix Keller, Präsident: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung dieses Geschäfts gem. § 76:

:::
Einstimmig

Felix Keller, Präsident: Wir kommen noch zu Traktandum 3, „Beantwortung der eingegangenen Fragen“, Beginn der Fragestunde. Erlauben Sie, dass wir noch etwa 20 Minuten lang ein paar Fragen beantworten, damit wir morgen dieses Traktandum fertig machen können, sonst wird es ziemlich eng. Frage 1: Herr Siro Imber ist leider nicht da; das werden wir morgen beantworten. Wir kommen zu Frage 2, Herr Andreas Bammatter. – Herr Josua Studer stellt einen Ordnungsantrag.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Die Grundidee von zwei Sitzungen im Dezember war ja eigentlich, dass man auch um 9 Uhr Feierabend macht und nicht eine Open end-Sitzung hat. Wenn wir jetzt aber weitermachen, haben wir schon halb Open end. Und morgen werden wir nämlich auch nicht bis 9 Uhr fertig, dann wird es auch nochmals ein halbes Open end. Dann haben wir schlussendlich mehr Stunden

geleistet, als wenn wir nur eine Sitzung gemacht hätten. Ich stelle Antrag auf Abbruch der Sitzung und Vertagung auf morgen.

Felix Keller, Präsident: Wir stimmen über den Antrag ab.

//:

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

ENDE DER SITZUNG